

DAS MAGAZIN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
AUSGABE 3, 2005

böll THEMA



**GEZEITEN-
WECHSEL?**

Was war, was bleibt, was wird

- Was wird? Was war?
- 4 DIE PHASE DES ÜBERGANGS BEGINNT** Regierungspolitik, Ideenpolitik und neue Ligaturen – die Wähler wollen andere politische Mischungen. **VON WARNFRIED DETTLING**
- 7 DAS ABSEITS ALS UNSICHERER ORT** Wo ist der Platz der Grünen? **VON DIETER RULFF**
- 8 DER ERMÜDUNGSBRUCH** Warum die rot-grüne Idee ihre Zeit nicht fand **VON GERT KEIL**
- 10 WERTE UND WERTSCHÖPFUNG** Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Kapitalismus? **VON RALF FÜCKS**
- Postmetaphysik
- 12 WORAN WIR GLAUBEN KÖNNEN** Grundsätzliches **VON CARL HEGEMANN**
- Multikulturelle Gesellschaft
- 14 „WIR HABEN FEHLER GEMACHT.“** Ein Streitgespräch über Fundamentalismus, Parallelgesellschaften und das Ende so mancher Illusion. **MODERATION: LUDWIG AMMANN**
- Macht
- 17 LOYALITÄTEN UND RITUALE SIND WEITERHIN MÄNNLICH** Was hat Rot-Grün den Frauen gebracht? **VON BARBARA SICHTERMANN**
- Die Sekundärtugenden
- 18 „SEIN VERHALTEN WOLLTE MICH ZUM BLOCKWART MACHEN. DAS IST DAS ANSTANDSSPIEL.“** **VON ANDREAS MAIER**
- Bewegung/Stillstand
- 20 DER POL DER BEHARRUNG** Was das Auftauchen der Linkspartei im gesamtdeutschen Parteiensystem bedeutet. **VON TOBIAS DÜRR**
- 22 WAS KOMMT DA NACH?** „Die Unter-Vierzigjährigen müssen das nächste Kapitel schreiben.“ (Joschka Fischer) Was will der grüne Nachwuchs? **VON ELISABETH KIDERLEN**
- 25 VIELFALT UND GESCHWINDIGKEIT** Lläuft die globale Entwicklung der nationalen Politik davon? **VON GÜNTER STOCK**
- 26 WECHSELSEITIG MISSVERGNÜGT** 16 Jahre nach dem Mauerfall – die Geschichte zieht sich in die Länge. **VON RITA KUCZYNSKI**
- Arbeit, Arbeit, Arbeit
- 28 IST VOLLBESCHÄFTIGUNG ÜBERHAUPT MÖGLICH?** **ANTWORTEN VON ULRICH BECK, KAROLINE BECK, HORST SIEBERT UND WOLFGANG ENGLER**
- 33 WORIN DER OPTIMISMUS GRÜNDET** Die Reformdiskurse in anderen Ländern können Mut machen. **VON ROLF G. HEINZE**
- 35** Heinrich-Böll-Stiftung
HINWEISE Projekte, Publikationen und Websites

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Fon 030-285 34 0
Fax 030-285 34 -109
E-Mail: thema@boell.de
www.boell.de/thema

REDAKTIONSLEITUNG

Elisabeth Kiderlen

REDAKTIONSSISTENZ

Evelyn Hartig

MITARBEIT

Björn Ecklundt, Ralf Fücks,
Annette Maennel (V.i.S.d.P.),

ARTDIRECTION

Büro Hamburg/Jürgen
Kaffer, Sandra Klostermeyer

GESTALTUNG

Sandra Klostermeyer

BILDREDAKTION

Alke Bücking,
Daniel Barthmann

LITHO

Beyer Lithografie,
Hamburg

DRUCK

Gaiser Offsetdruck &
Informations-GmbH,
Schwäbisch Gmünd

PAPIER

Inhalt: Envirotop, matt
hochweiss, Recyclingpapier
aus 100% Altpapier
Umschlag: Enzocoat

BEZUGSBEDINGUNGEN

Das Heft erscheint dreimal im
Jahr. Jahresabo 12 Euro
(inklusive Versand) zu bestellen
bei oben genannter Adresse.

Republik im Übergang

Rot-Grün geht, die Große Koalition kommt. Markiert dieser Regierungswechsel auch einen Gezeitenwechsel, eine tiefer gehende Veränderung der Republik? Ein radikaler Politikwechsel jedenfalls zeichnet sich nicht ab. Dafür haben die Wählerinnen und Wähler auch kein Mandat erteilt. „Weiter so“ wollten sie nicht, aber die Fahrkarte in eine andere Republik haben sie auch nicht gelöst. Guido Westerwelle bleibt Opposition, und Angela Merkel wird Kanzlerin von Gnaden der SPD. Kein Abschied von der Konsensrepublik also und keine Experimente.

Für eine kurze Zeit tauchte ein politisches Experiment mit dem exotischen Namen „Jamaika-Koalition“ am Horizont auf, um rasch wieder unterzugehen. Zu überraschend nach einem Lagerwahlkampf im alten Stil, zu kompliziert zu handhaben und mit zu vielen politischen Gegensätzen befrachtet. Aber interessant war doch, wieviel Erwartungen diese Fata Morgana plötzlich weckte. Darin steckt die Hoffnung, die erstarrten politischen Fronten mögen in Bewegung kommen, und die nicht ganz unbegründete Idee, dass nachhaltige Reformen am ehesten von Lager-übergreifenden Allianzen zu erwarten sind. Es wäre fatal, wenn Große Koalitionen die einzige Antwort auf die nachlassende Bindekraft der Volksparteien und die Erosion der traditionellen politischen Lager blieben. Nach den Erfahrungen mit solchen Bündnissen in Bremen, Berlin und anderswo gleichen sie eher politischen Immobilien.

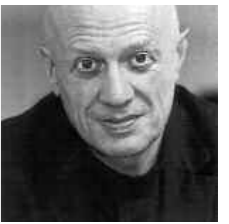
Die Grünen finden sich durch ihr Wahlergebnis zugleich bestätigt und entmachtet. Sie sind jetzt flächendeckend wieder zur Oppositionspartei geworden. Sind damit aber auch grüne Ideen und Ziele an den Rand gedrängt? Mitnichten.

Ökologische Zukunftsvorsorge, Generationengerechtigkeit, soziale Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement, Minderheitenrechte und eine integrative Migrationspolitik sind keine Randthemen mehr. Sie prägen die moderne Mitte der Republik. Ist das auch der politische Ort der Grünen? Jedenfalls haben sie die Chance, das Zentrum der Opposition gegen die Große Koalition zu bilden, auf Distanz zum Marktliberalismus der FDP wie zu den Altlinken der PDS plus Lafontaine. So oder so ist jetzt der Übergang von der Regierungspolitik zur Ideenpolitik angesagt. Dabei wird auch die Heinrich-Böll-Stiftung munter mitmischen.

Das dritte Heft von „Böll.Thema“ untersucht den Zustand einer Republik im Übergang. Rückblicke auf Rot-Grün verbinden sich mit Analysen zur geistigen, ökonomischen und politischen Lage der Nation. Wir beschäftigen uns mit dem Wandel der Parteienlandschaft und dem Generationenwechsel bei den Bündnisgrünen, fragen nach den Irrtümern und Perspektiven multikultureller Politik, bilanzieren das deutsch-deutsche Missvergnügen 16 Jahre nach dem Fall der Mauer, werfen ein Licht auf die Linkspartei/PDS und diskutieren die Zukunft des Kapitalismus zwischen globaler Konkurrenz und nachhaltiger Ökonomie. Woran können wir glauben? Und was ist Anstand? – auch Fragen nach den „letzten Dingen“ werden in diesem Heft aufgeworfen.

Böll.Thema ist das politisch-kulturelle Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung. Es ergänzt unsere Veranstaltungen, unser Internet-Angebot und unsere Schriftenreihe um ein neues Format. Wir hoffen, dass diese Ausgabe auf ebenso positive Resonanz stößt wie die beiden ersten Hefte dieses Jahres. Wer die darin angestoßenen Debatten fortführen möchte, findet bei der Heinrich-Böll-Stiftung dafür ein offenes Forum.

■ IHR RALF FÜCKS, VORSTAND DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, FUECKS@BOELL.DE



Titelbild: Rodney Smith; Fotos: Anna Viebrock (2), Bettina Keller



4



14



28

BESONDERER TIPP | NEWS

JAHRESTAGUNG DER GRÜNEN AKADEMIE 2005 „The State of the State: Die Zukunft des Staates“, 9. Dezember, 18 Uhr, Centre Monbijou, Berlin. Info: Dr. Anne Ulrich, ulrich@boell.de

VORANKÜNDIGUNG: Entwicklungspolitisches Forum: „Externe Demokratieförderung in fragilen Staaten“, Internationale Tagung, 8.-10. März, Berlin. Info: Dr. Antonie Nord, nord@boell.de



DIE PHASE DES ÜBERGANGS BEGINNT

Regierungspolitik, Ideenpolitik und andere Ligaturen.

Die Wähler wollen neue politische Mischungen, denn die Konfliktlinien verlaufen nicht mehr nur zwischen Gruppen, sondern mitten durch die Personen hindurch. **VON WARNFRIED DETTLING**

1. Nach der Bundestagswahl werden sich die Parteien neu positionieren. In der Regierung einer Großen Koalition werden CDU, CSU und SPD nicht dazu kommen, ihr Profil als Partei zu konturieren. Sie werden diese Aufgabe je für sich erbringen oder gar nicht. Dagegen haben Bündnis 90/Die Grünen die Chance, frei von Regierungszwängen die Zeichen der Zeit zu lesen und Ideen und Lebensstile zu einem neuen politischen Angebot zu mischen, das irgendwo zwischen altsozialen und neoliberalen Positionen und Mentalitäten angesiedelt ist.

Freilich ist es eher die Ausnahme als die Regel, dass Parteien aus Wahlergebnissen lernen. Die Keller der Parteizentralen sind voll von Wahlanalysen, die nie gelesen oder gar ausgewertet worden sind. Eine dieser Ausnahmen war der Weg der SPD zum Godesberger Pro-

Foto: Anna Viebrock

gramm in den 1950ern, eine andere der Weg der CDU von der Honoratioren- zur programmatischen Volkspartei in den 1970er-Jahren. Danach ist auf beiden Seiten nicht mehr viel geschehen, obwohl sich die Welt gründlich verändert hat. Die Passung zwischen CDU und SPD zu ihrer jeweiligen Außenwelt und zu der Innenwelt der Menschen, die sie wählen sollen, stimmt nicht mehr. Die Wahl vom 18. September markiert nicht nur das Ende von vertrauten Stabilitätsgewohnheiten (eine große und eine kleine Partei erreichen eine parlamentarische Mehrheit und bilden eine stabile Regierung). Sie markiert vor allem den Beginn einer Phase des Übergangs. Die Strömungen, Lebensstile und Erwartungen passen nicht mehr in die vertrauten Gehäuse der politischen Organisationen. Die politische und kulturelle Kluft zwischen den einstigen Volksparteien und der Mehrheit, die sich ja nicht aus Lagern, sondern aus einer Summe von Minderheiten zusammensetzt, ist offenkundig geworden.

Äußeres Zeichen dafür ist der Umstand, dass die Wähler eine Regierung abgewählt, aber keine neue gewählt haben. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Die konservative Reaktion besagt: Die Wähler wissen nicht, was sie wollen, und sie wählen nicht, wie sie sollen. Man sollte ihnen deshalb eine zweite Chance geben. Man könnte freilich auch eine andere Botschaft hinter der Botschaft erkennen: Die Wähler wissen genau, was sie wollen. Sie konnten es im politischen Angebot nur nicht finden.

2. Nun gehen die Blicke zurück in die Jahre 1966 bis 1969. Was sie aber finden ist eine andere Zeit und ein anderes Land. Die Große Koalition damals hat die gewohnten Stabilitätsregeln für eine kurze Spanne unterbrochen, nicht aber außer Kraft gesetzt. Die beiden Volksparteien hatten ihre beste Zeit, die Jahre ihrer stärksten Integrationskraft noch vor sich. Mit den Grünen kam um 1980 eine neue Partei, als Ausdruck mentaler und gesellschaftlicher Veränderungen und auch mit einem neuen politischen Anspruch. Aber die neue Partei stärkte eher das, was man im Rückblick ein stabiles Vier-Parteien-System nennen kann. Künftig werden wir es mit einem instabilen Fünf- oder Sechs-Parteien-System zu tun haben.

Dieser Wandel des Parteiensystems ist der späte politische Ausdruck einer fundamentalen Veränderung der Mentalitäten und Gewohnheiten, der Lebenswelt und der Arbeitswelt der Menschen, aber auch der globalen Rahmenbedingungen der Politik, die bereits in den 1970er-Jahren begonnen hatte. Als Folge dieser langfristigen Entwicklungen hat sich im politischen Verhalten die Mischung von „Exit, Voice and Loyalty“ (Albert O. Hirschman) verändert: Die „Abwanderung“ fällt leichter, sei es bei Wahlen, sei es aus der Parteiorganisation. Die „Stimme“ in des Wortes doppelter Bedeutung wird unberechenbarer und unverständlicher: Weil Parteien in der Regel schlechte Zuhörer sind und schlechte Agenten des Vertrauens, um Stimmen und Stimmungen durch glaubwürdige Über-

zeugung zu beeinflussen, geben die Wähler ihre Stimmen ab wie es ihnen gefällt, kaum noch durch ein Band der Loyalität an eine bestimmte Partei gebunden. „Loyalität“ bedeutet ja, eine Partei auch dann zu wählen, wenn einem die Kandidatin oder die Politik der Regierung gerade nicht gefällt. Wenn aber in der Politik wie anderswo alte Gewohnheiten und Selbstverständlichkeiten nicht mehr tragen und es immer mehr auf die guten Gründe ankommt, die für Personen und Inhalte sprechen, dann ist die Erosion der Volksparteien in stürmischen Zeiten gleichsam vorprogrammiert. Die Bundestagswahl 2005 hat eine Ahnung davon vermittelt, wie die Idee der „freien Wahl“ künftig, nun auch von sozialen Traditionen und psychischen Hemmungen mehr und mehr freigesetzt, ihre unberechenbare Wirkung entfalten könnte.

3. Die Wähler wollen keine oder weniger Reformen, so argumentieren jetzt manche, und sie argumentieren in den gewohnten Bahnen des mehr oder weniger, schneller oder langsamer, doch stets in den Denkgehäusen der gewohnten, so geschlossenen wie eindimensionalen Programmlogik der Parteien. Aber könnte es nicht sein, dass sich in dem schwer lesbaren Ergebnis der Wahl der Wunsch nach einer anderen Politik jenseits der fertigen, nach außen abgrenzenden und nach innen nahezu „totalen“ Programmangebote verbirgt? Diese scheinen klare Alternativen und Lösungen zu versprechen und finden eben deshalb das Vertrauen der Wähler nicht. Die Wähler zweifeln und sind unsicher, suchen nach Orientierung, nach Personen und Ideen, bei denen sie ihre Ängste und Hoffnungen „deponieren“ können – und sie treffen auf Parteien und Personen, die sich ihrer Sache sicher sind, in deren Rhetorik immer wieder Sätze fallen wie Tagesbefehle, vor denen man, je nach Temperament, entweder stramm stehen oder die Flucht ergreifen kann.

Wähler sind widersprüchliche Wesen. Die meisten tragen ganz unterschiedliche politische Gefühle in ihrer Brust und haben doch mehr als vage Vorstellungen von einer guten, erfolgreichen Gesellschaft: Sie soll wirtschaftlich und sozial „produktiv“ sein, sich durch Leistung und durch Legitimität auszeichnen. Sie wollen wirtschaftliche Dynamik und soziale wie ökologische Rücksichten; sie wollen Familie und Kinder ohne auf ein eigenes Leben verzichten zu müssen; sie wollen ein erstklassiges Schul- und Bildungswesen und soziale Durchlässigkeit; Eliten, aber nicht als bürgerliches Reservat, sondern nach Leistung und Vorbild und offen für alle Schichten. Kurzum: Die meisten Wähler wollen keine Entweder-Oder-, sondern eine Sowohl-als-auch-Politik, sie wollen etwas von beiden Optionen und aus beiden Welten, die von den Hauptmatadoren, der christdemokratischen Union und der sozialdemokratischen Partei getrennt und gegeneinander verwaltet werden. Der Mismatch zwischen Politik und Menschen kommt daher, dass diese, ganz zu Recht, in ihren Köpfen und Herzen Hoffnungen, Werte und Ansprüche fest- und zusammenhalten, die die politischen Großanbieter auseinanderreißen.

4. Ambivalenzen einer Wählerschaft gefunden, bei der die Konfliktlinien nicht mehr nur zwischen Gruppen, sondern mitten durch Personen, nicht mehr nur zwischen materiellen Interessenlagen, sondern auch zwischen verschiedenen Lebensstilen verlaufen. Dafür bot der Wahlkampf ein trauriges Exempel. Die einen reden von Vorfahrt für Arbeit und wirtschaftlicher Dynamik und schweigen von sozialer Gerechtigkeit, die anderen reden vom Schutz der Arbeitnehmerrechte und von sozialer Sicherheit, als hätte es die Agenda 2010 nie gegeben und als könne irgendein Sozialstaat der Welt bei schwacher Wirtschaft und hoher Arbeitslosigkeit überleben. So betrachtet ist es kein Wunder, dass Union und SPD immer weniger Wähler binden. Man könnte eher darüber staunen, dass es immer noch so viele sind. Parteien, die als Integrationsparteien einen gewissen Anspruch haben und nicht zu politischen Mammutsektoren degenerieren wollen, müssen die Komplexität, die Differenzierung und kulturelle Vielfalt der Gesellschaft in sich abbilden, und zwar nicht durch eine Addition sozialer Gruppen, Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften, sondern durch die Entwicklung einer Politik aus einem Ideen Kern, der normativ anspruchsvoll, mit den Erwartungen der Menschen kompatibel und heuristisch-politisch so fruchtbar ist, dass er in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern seine Tauglichkeit erweist. Es ist Zeit für neue politische Ligaturen.

5. *Ideas matter.* Ideenpolitik ist für die Entwicklung der Gesellschaft so wichtig wie Regierungspolitik. Ohne überzeugende und zu den heutigen Verhältnissen „passende“ Leitideen wird weder eine wirtschaftlich noch eine sozial erfolgreiche Entwicklung zu haben sein. Solche Leitideen müssen andocken an die vagabundierenden Wertesehnsüchte der Menschen und gleichzeitig ihre verändernde Kraft entfalten überall dort, wo der Status quo längst keine guten Argumente mehr auf seiner Seite hat, sondern nur noch dazu führt, dass in Deutschland nicht nur die ökonomische, sondern auch die Gerechtigkeitsbilanz schlechter ist als in den meisten Ländern der OECD.

Die Entwicklung einer solchen Ideenpolitik ist nicht ohne konzeptionelle Anstrengungen zu haben. Man kann sich der Anstrengung entziehen, Beispiele dafür sind FDP und Linkspartei. Ein eindimensionales politisches Angebot kann sich leisten, wer sich mit seiner eng begrenzten Klientel begnügt. Union und SPD, entstanden aus den Klassen- und Kulturkämpfen des 19. Jahrhunderts, haben es schwer, die leisen Revolutionen in den Lebens- und Arbeitswelten „wahr“ zu nehmen und kreativ damit umzugehen. So könnte es mittel- und langfristige Chance von Bündnis 90/Die Grünen sein, ein politisches und kulturelles Angebot zu schaffen, das es bisher so nicht gibt und das ausstrahlt über die Grenzen der Partei hinaus. Es sind historisch keineswegs immer nur Regierungsparteien gewesen, die das Land voran gebracht haben. ■

DAS ABSEITS ALS UNSICHERER ORT

Nach und jenseits des „rot-grünen Projekts“: Wo sollte der Platz der Grünen sein im neuen Fünf-Parteien-System? **VON DIETER RULFF**

Die Geschichte der Grünen war immer eine nach vorne offene Erzählung, die ihre Spannung aus dem engen Wechselspiel von normativen Anliegen und Machtperspektive, kollektiver Biografie und politischem Handeln zog. Die Selbstentwicklung der Partei war Indikator gesellschaftlichen Fortschritts, doch während sie regierten, haben die Grünen bereits diese Dynamik verloren. Die spezifische Verbundenheit zwischen gesellschaftlicher Basis und führendem Personal, die als Eigenheit rot-grünen Regierens hervorgehoben wurde, ist unwiederbringlich verloren. Auf dem Feld des sozialen Umbaus haben sie sich von der SPD nur zu gerne ins Abseits drängen lassen. Die Zielkonflikte zwischen nachhaltiger und klassischer Wirtschafts- und Haushaltspolitik, zwischen Verteilungs- und Chancengerechtigkeit wurden nicht in einer Weise ausgetragen, dass sich daraus ein grünes Bild einer künftigen Gesellschaft filtern ließe.

AUF DIE UM SICH GREIFENDE EXKLUSION und Prekarisierung wurde die gleiche wachstumsorientierte Antwort gegeben, die auch die anderen Parteien parat haben. Die Fortschritte der Ökologie sind nicht als solche der Wirtschaft wahrgenommen worden. Entsprechend gering ist die wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz, welche die Wähler nach immerhin sieben Regierungsjahren den Grünen zusprechen. Das liberale Profil früherer Tage hat angesichts terroristischer Bedrohung an gesellschaftlicher Attrakti-

vität verloren. Zugleich haben die Grünen es selbst zersetzt, indem sie in wesentlichen Lebensbereichen christliche Moralpositionen übernommen haben, ohne den darin liegenden normativen Konflikt auszutragen.

Diese ganzen Unklarheiten kommen nun zum Tragen, wo das überwältigende Regierungsprojekt zu Ende gegangen ist. Zugleich müssen die Grünen ihren Ort in einem Fünf-Parteien-System finden. Es muss ein Ort sein, der ihnen wieder eine Machtperspektive eröffnet, denn Machbarkeit und damit Macht, das haben die Wahlen gezeigt, sind zu einem entscheidenden Kriterium zustimmungsfähiger Politik geworden. Koalitionen sind keine Projekte mehr sondern Zweck- und Zeitbündnisse. Sie erfordern eine Flexibilisierung des Vorgehens.

In Mehrparteienkonstellationen ist diejenige Partei im Vorteil, die in verschiedene Richtungen koalitionsfähig ist. Diese Flexibilität setzt allerdings eine inhaltliche Klarheit und innere Geschlossenheit voraus. Die Frage, vor der die Grünen stehen, ist machtpolitisch zwar die nach möglichen Koalitionspartnern, eine Antwort, die ihre Handlungsfähigkeit sichert, finden sie aber nur, wenn sie die Politik der vergangenen Jahre weiter entwickeln und deren Defizite und Widersprüche aufarbeiten. Sie finden sie nicht, wenn sie das eigene Regierungshandeln nachträglich dementieren. Die Neigung zu Letzterem hat zugenommen, seit die Linkspartei eine neue Dynamik in die sozialpolitische Debatte gebracht hat. Doch in ei-

nem Wettbewerb des sozialpolitischen Maximalismus können die Grünen nur den Kürzeren ziehen, nicht jedoch die Milieus für sich gewinnen, welche sich nun der Linkspartei zugewandt haben.

Diese Partei ist Fleisch vom Fleisch der Sozialdemokratie, die Auseinandersetzung mit ihr wird vor allem in der organisierten Arbeiterschaft ausgetragen werden. Schon aufgrund ihrer geringeren Bedeutung in den Gewerkschaften dürfte es den Grünen schwer fallen, da eine eigenständige Position kenntlich zu machen. Während die Linkspartei von den klassischen industriegesellschaftlichen Dichotomien des Oben und Unten, von Kapital und Arbeit, Wirtschaft versus Staat ausgehen und in administrativer Umverteilungen die Lösung der zentralen sozialen Probleme erblickt, müssen die Grünen ein Modell entwickeln, in das auch die Leistungserbringer eingebunden sind. Darauf nicht mehr geachtet zu haben war das eigentliche Versagen der letzten Legislaturperiode.

DIE AKZEPTANZ JEDLICHER REFORMEN

in den Mittelschichten ist nicht nur deshalb wichtig, weil es sich um das ureigenste Milieu der Grünen handelt, sondern vor allem, weil ohne einen solchen gesellschaftlichen Konsens von Gebenden und Nehmenden künftig kein Sozialsystem tragfähig ist. Es ist dieser Reformbegriff, der nicht nur wahlweise die abstrakten Belange des Standorts oder die konkreten Bedürfnisse eines sozialen Klientels im Fokus hat, sondern in der Lage ist, widerlaufende gesellschaftliche Interessen zu vermitteln, der die Grünen von der FDP einerseits und der Linkspartei andererseits unterscheidet und die Gemeinsamkeit mit den beiden Volksparteien begründet. SPD und Union ist diese Vermittlung historisch durch ihre sozial heterogene Zusammensetzung immer schon eingeschrieben, die Grünen verkörpern diesen Anspruch als Partei einer universal orientierten, vernunftgeleiteten Verhandlungsrationalität. Bleiben die Grünen diesem Selbstbild treu, ist damit ihr Ort im Parteienspektrum markiert. ■

Foto: privat

VITA | PUBLIKATIONEN



WARNFRIED DETTLING lebt als freier Autor in Berlin. Er war Leiter der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle der CDU (1973 - 1983); danach Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie und Frauen. **PUBLIKATION:** „Die Stadt und ihre Bürger. Neue Wege in der kommunalen Sozialpolitik: Grundlagen, Perspektiven, Beispiele“. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2001.

VITA | PUBLIKATIONEN



DIETER RULFF ist freier Journalist und lebt in Berlin. Nach vielen Jahren bei der „Tageszeitung“ war der studierte Politologe zuletzt leitender Redakteur der Wochenzeitung „Die Woche“. Die Schwerpunkte seines Interesses liegen bei der Parteienentwicklung, der deutschen Innenpolitik, der Generationenpolitik und bei den Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Transformation des deutschen Sozialstaats.

DER ERMÜDUNGSBRUCH

Warum die rot-grüne Idee ihre Zeit nicht fand. VON GERT KEIL

Die Regierung Schmidt-Genscher scheiterte im Herbst des Jahres 1982. Mit einem gewonnenen Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt startete Helmut Kohl seine 16 Jahre andauernde Reise aufs weite Feld der „geistig-moralischen Erneuerung“. Bei der Bundestagswahl 1983 zog die Partei „Die Grünen“ mit 5,2 Prozent in den Bundestag ein. Für den Geschäftsführer der SPD, dem jüngst gestorbenen Peter Glotz, war dies eine einzige Katastrophe. Die Grünen waren „Fleisch vom eigenen Fleische“. Genauer gesagt fürchtete Glotz, die Partei der Grünen „stehle“ der SPD eine ganze Generation von Intellektuellen. Er hat Recht behalten.

Zu Beginn der 80er-Jahre konnte sich kaum einer aus der Führung der SPD vorstellen, dass man mit dieser Partei auf Landes- oder gar auf Bundesebene eine Koalition verabreden könnte. Es fehlte an zu vielen sekundären politischen Tugenden.

Über die grundsätzliche Strategie gegen die Grünen war man sich in der „Baracke“, die damalige SPD-Zentrale in Bonn, nicht einig. Die einen plädierten für Dämonisierung und Ausgrenzung, die anderen für Entzauberung durch Partizipation. „Verstoßen oder erdrücken“, das waren zu Beginn die favorisierten Strategien. Da die Grünen aber ständig Nachschub aus den sozialen Bewegungen warben, schien die erste Strategie nicht sehr aussichtsreich. Also versuchte man die zweite – mit bewusst offenem Ausgang.

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner – „Dachlatten-Börner“ – sollte das Gottesurteil herbeiführen. Er war Garant dafür, dass die sozialdemokratische Seele bei diesem gesellschaftlichen Experiment keinen Schaden nähmen. Er war bodenständig, hatte jede Menge sozialdemokratischen Stallgeruch und wurde, zu Unrecht, auf dem rechten Flügel der Partei vermutet. Er war gleichsam der sozialdemokratische Felsblock, um den das grüne Rinnsal schwappen sollte.

1985 wurde Joschka Fischer Umweltminister in Hessen. Das Unglück in Tschernobyl konnte er gerade noch überstehen, bald danach zerbrach die Koalition an einer Atomfabrik in Hanau. Für kurze Zeit wurde wieder auf die Grünen draufgehauen, aber das Ganze funktionierte nicht mehr. Das hatte im Wesentlichen drei Gründe: 1. Die Regierungsbeteiligung in Hessen hatte die Grünen kräftig und nachhaltig verändert. 2. In der SPD gab es zahlenmäßig längst mehr Grüne als bei den Grünen selbst. 3. Auch der Diskurs in der SPD hatte sich verändert: Schröders Diktum, dass es keine linke oder rechte sondern nur eine gute oder schlechte Wirtschaftspolitik gäbe, war zu Beginn der 80er-Jahre schon angelegt.

Glotz hatte eine fast panische Angst, dass sich die SPD in der Opposition radikalisieren und zu einem „ideologischen Haufen“ mutieren würde. Aus diesem Grund ließ er an der Säkularisierung der SPD arbeiten: Nicht die Werte – die stehen im Zweifel im Vorwort der Programmbibliotheken – sondern die Suche nach intelligenteren Problemlösungen sollten im Fokus der neuen SPD-Politik stehen. Geht man mit Jürgen Habermas davon aus, dass im Säkularisierten das Säkularisierte erkennbar bleiben muss, dann wurde vielleicht etwas zu gründlich gearbeitet. Heute zahlt die Müntefering-SPD den Preis dafür, dass ihr damals das „Geschichtenerzählen“ angetrieben wurde.

IN DER ZWEITEN HÄLFTE DER 80ER-JAHRE gab es eine Annäherung von SPD und Grünen: Die Temperatur der kulturellen Wahlverwandtschaft stieg. Das war zum einen ein Ergebnis schierer Dauer. Die Grünen waren nicht mehr wegzudenken. Zum anderen war es der wachsende Einfluss Oskar Lafontaines auf die Denkwelt der SPD. Zwar hatte Lafontaine nicht viel mit den 68ern am Hut – im fraglichen Jahr war er Chef der Straßenbahn von Saarbrücken –, aber wie wenig andere in der SPD beherrschte er die geistige Verbindung von (grundsätzlicher) Reflexion und (politischer) Ent-

Foto: privat; Anna Viebrock



scheidung. Schon damals trieb ihn eine Frage um, die heute wieder die Feuilletons beherrscht: Verschenden wir nicht zuviel Kraft auf die Herstellung einer Vollbeschäftigungsgesellschaft, die es, zumindest im alten Sinn des Wortes, nicht mehr geben wird? Er arbeitete an einer Neufassung des Arbeitsbegriffs und an einer anderen Organisation der sozialen Sicherungssysteme. Mithin an Vielem, was im Umfeld der Grünen – Opielka, Offe et al. – auch angedacht, aber nie umgesetzt wurde. 1990 hätte es ein, wenn auch fragiles, rot-grünes Projekt geben können, ein Projekt faszinierender Risiken. *Tempi passati*. Dann kam die deutsche Einheit. Weder Lafontaine noch die Grünen fanden eine politische Antwort, die dem historischen Sinn und der praktischen Organisation zugleich gerecht geworden wäre.

In den 90er-Jahren hatte Rot-Grün auf Landesebene seinen Schrecken, aber auch seine Faszination verloren. Die Mehrheit der westdeutschen Bundesländer wurde zeitweise rot-grün regiert. Nicht nur, dass Rot-Grün auch nur mit Wasser kochte, die Affekttemperatur der Gesellschaft hatte sich deutlich abgekühlt. In den Feuilletons gaben allmählich die „Luhmann-Schüler“ den Ton an. Die teilnahmslose Beobachtung trat an die Stelle der emphatischen Akteursperspektive eines Jürgen Habermas. Die subjektlose Gesellschaft der Systemtheorie ließ kaum Platz für Helden.

An die Stelle des Streits um Werte und grundlegende Prinzipien trat der Streit um die Sachverhalte. Die Sicherheit der Renten wurde angesichts der demografischen Entwicklung angezweifelt. Die durch den Zerfall des Ostblocks angeheizte Globalisierung der Wirtschaft belebte die in den 80er-Jahren eher ideologisch geführte Standortdebatte aufs Neue. Immer mehr Menschen erlebten Globalisierung als Schicksal, dem weder sie noch scheinbar irgendeine Regierung wirksam begegnen konnten. Nach dem Einigungsboom der frühen 90er wuchsen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung gleichzeitig. Das Land war im Elementaren angekommen.

IN NORDRHEIN-WESTFALEN SCHMIEDETE JOHANNES RAU Mitte der 90er eher widerwillig eine rot-grüne Koalition. Sein Nachfolger, Peer Steinbrück, drohte mit ihrer Aufkündigung. Es gab ein Unbehagen aneinander, eine wachsende Entfremdung. Die SPD konnte nicht nachweisen, dass die grüne Umweltpolitik einer sozialdemokratischen Wachstumspolitik tatsächlich im Wege stand. Aber der Zaunkönig musste für Vieles herhalten, für das er gar nichts konnte. Es war eine Art Schuldspruch aus Mangel an Beweisen.

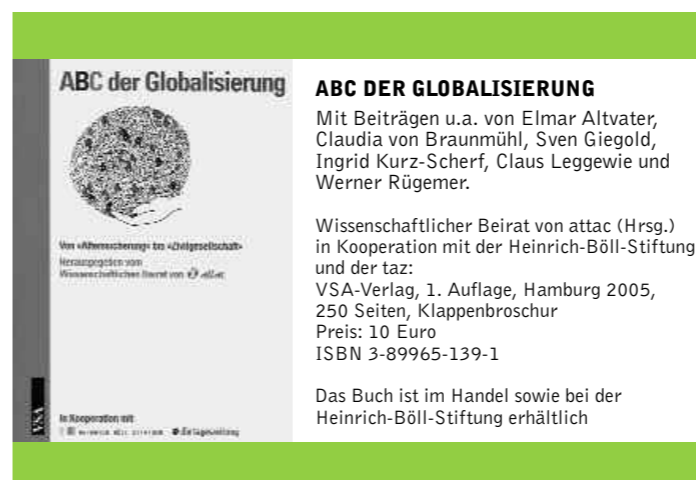
Als Gerhard Schröder 1998 die Bundestagswahl gewann, koalitierte er mit den Grünen, weil es sich rechnete. Damals hätte nur Lafontaine eine Große Koalition anführen können, ohne dass die SPD Schaden genommen hätte. Eine rot-grüne wirtschaftspolitische Strategie war in der ersten Legislaturperiode nicht erkennbar. Die Reformen in der zweiten Legislaturperiode waren richtig, aber sie wurden nicht als rot-grüne Reformen konzipiert und als solche interpretiert. Die deutlichen Erfolge der Grünen in der Landespolitik und später auch in der Bundespolitik standen in grellem Kontrast zum Scheitern in den Kernbereichen sozialdemokratischer Politik. Die Arbeitslosigkeit stieg an. Die Staatsverschuldung wuchs. Und einige in der SPD hatten den Eindruck, diese Probleme berührten die Grünen nicht leidenschaftlich genug. First things first. Die Erfahrung oder Unterstellung, dass die Grünen die SPD alleine ließen mit ihrem leidenschaftlichen Leiden, führten schließlich zum seelischen Ermüdungsbruch.

PS. Ganz falsch liegen die Sozis wohl nicht. 1985 hatte ich mit Otto Schily eine Diskussion über Alkem und Nukem. Um die Arbeitsplätze müsst ihr euch kümmern, sagte Schily. Ich bin sprachlos gegangen. Damals war Schily noch bei den Grünen. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



GERT KEIL lehrte bis 1982 Philosophie an der Uni Erlangen. 1982-1988 arbeitete er für den Parteivorstand der SPD. 1988-1995 war er Ministerialrat in der Staatskanzlei des Saarlands. Derzeit Politikberater und Lehrbeauftragter für Soziologie an der Universität Freiburg. **JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNG:** „In welcher Wirklichkeit leben wir eigentlich?“ In: „Agendasetting und Reformpolitik“. Hg. Haubner, Mezger, Schwengel. Metropolisverlag, Marburg 2005. www.gertkeil.de



WERTE UND WERTSCHÖPFUNG

Auf dem Weg zu einem „nachhaltigen Kapitalismus“? VON RALF FÜCKS

Der Markt ist ökologisch blind und sozial rücksichtslos – so lautet ein Standard der Kapitalismuskritik. Humane und ökologische Werte stehen im Konflikt mit der privatwirtschaftlich organisierten Wertschöpfung, und die Globalisierung führt zu einem „race to the bottom“, einer weltweiten Dumpingkonkurrenz auf Kosten von Mensch und Natur. Diese Tendenz gibt es, vor allem in China und anderen Spielarten des autoritären Kapitalismus, die sich aus den Trümmern des realen Sozialismus entwickelt haben. Kapitalismus ohne Demokratie ist ein Horror. Aber ist diese Tendenz tatsächlich dominant? Oder entwickelt sich unter unseren Augen eine Konvergenz von „Werten und Wertschöpfung“, eine neue Spielart eines nachhaltigen Kapitalismus, für den Moral und Moneten keine unversöhnbaren Gegensätze mehr sind?

EINIGE SCHLAGLICHTER: Unter dem Stichwort „Sustainable Business“ (nachhaltige Unternehmensführung) registriert die Internet-Suchmaschine „Google“ rund 64,6 Millionen Seiten. „Sustainable Investment“ (nachhaltiges Investieren) führt zu 30,5 Millionen Einträgen. Darunter fallen zahllose Unternehmen, Verbände wie das „World Business Council for Sustainable Development“, wissenschaftliche Institute, Hochschulen, Finanzdienstleister, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Allein der „Bundesdeutsche Arbeitskreis für umweltbewusstes Management“ (BAUM) zählt 450 Mitgliedsunternehmen. Auf der Konferenz „Business for Social Responsibility“, die in diesem Herbst in Washington D.C. statt-

findet, versammeln sich über tausend Manager und Wissenschaftler aus vierzig Ländern, um über Themen wie ökologisches Management, Wirtschaft und Menschenrechte oder die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu diskutieren. „Mit gutem Gewissen Geld verdienen“ ist das Leitmotiv einer neuen Generation von Anlegern. Allein in Europa sind etwa 500 Milliarden Euro in Fonds investiert, die ihre Anlagepolitik an sozialen und ökologischen Maßstäben ausrichten. „Sustainable economy“ boomt: Der „Natur-Aktien-Index“, der als Orientierung für „grüne Geldanlagen“ gilt, stieg in den letzten drei Jahren von 1500 auf über 3500 Punkte. Es zahlt sich offenbar aus, wenn Unternehmen ihre Umweltbilanz optimieren und auf soziale Mindeststandards achten.

Ein Pionier auf diesem Feld ist der Otto-Versand, das größte Versandhaus Europas mit einem Umsatz von rund 14,5 Milliarden Euro und einem weltweiten Einkaufs- und Vertriebsnetz. Das Unternehmen legt jährlich einen Umwelt- und Sozialbericht vor, der die Ökobilanz und die sozialen Belange seines Geschäfts beleuchtet. An allen Unternehmensstandorten im In- und Ausland wird ein Umweltmanagement-System praktiziert, das Einkauf, Transport, Verpackung umfasst. Jährlich werden neue Entwicklungsziele gesetzt: ein höherer Anteil schadstoffgeprüfter Textilien (mittlerweile 92%), der Ersatz von PVC, ein wachsendes Kleidungsangebot aus Bio-Baumwolle, die Einführung von Möbeln aus nachhaltiger Holzwirtschaft, die Verbesserung der Energie- und Wasserbilanz der angebotenen Haushaltsgeräte oder die Verlagerung von Transporten

Foto: Bettina Keller

auf Schiff und Bahn. Natürlich ist auch bei „Otto“ nicht alles Gold, was glänzt. Das Unternehmen bleibt Teil einer auf Konsum und mehr Konsum ausgerichteten Ökonomie, die durch die schiere Masse der erzeugten Güter die ökologischen Lebensgrundlagen untergräbt. Und es bleibt gefangen im globalen Preiswettbewerb, der durch die Jagd der Kunden nach Billigangeboten angetrieben wird.

Dennoch machen Unternehmen wie „Otto“ einen entscheidenden Unterschied – für die Beschäftigten bei ihren Zulieferbetrieben wie für die Umweltbilanz. Selbst Konzerne wie Adidas oder Nike, die noch vor wenigen Jahren am Pranger standen, weil sie in Vietnam oder China in Schwitzbuden mit brutalen Arbeitsbedingungen fertigen ließen, haben mittlerweile soziale Mindeststandards und ein Monitoringsystem für ihre Fertigungskette eingeführt.

WAS STECKT HINTER DIESER ENTWICKLUNG? Sicher ist auch an der neuen Generation von Managern die „grüne Welle“ der letzten 25 Jahre nicht spurlos vorüber gegangen. Der springende Punkt aber ist, dass die Einbeziehung ökologischer und sozialer Ziele im Eigeninteresse der Unternehmen liegt. Es ist das Interesse an nachhaltiger, langfristiger Wertsteigerung, der sie zum Umdenken führt. Zum ersten geht es um Betriebswirtschaft im engeren Sinn: Ein effizientes Umweltmanagement reduziert den Rohstoffverbrauch, senkt den Energiebedarf, vermeidet Abfälle, senkt also Kosten. Dies wird um so wichtiger, je höher die Preise für Energie und Rohstoffe steigen. Wer bei der Öko-Effizienz vorn liegt, liegt im Wettbewerb vorn. Die Autoindustrie zeigt, wie die Entwicklung schadstoffarmer Dieselmotoren und alternativer Antriebstechniken wie dem Hybridmotor einen Marktvorsprung verschafft. Eine zweite Ebene des Eigeninteresses ist die Vermeidung ökologischer Störfälle, die Produktionseinbußen, Schadenersatzzahlungen und Reparaturkosten nach sich ziehen.

Ein dritter Faktor ist das „moralische Kapital“ der Unternehmen: Marken wie Adidas oder Nestlé sind anfällig für Skandale, und sie sind umgeben von „Wächterorganisationen“, die Alarm schlagen, wenn Betriebe gegen elementare zivilisatorische Standards verstoßen. Ein Gutteil der international agierenden Menschenrechts- und Umweltorganisationen widmet sich mittlerweile der Beobachtung von Unternehmen. Ist der Ruf eines Konzerns ruiniert, schlägt das auf Marktanteile und Gewinne durch. Umgekehrt steigert es den Wert von Unternehmen, wenn sie als verantwortungs-

bewusst und umweltfreundlich gelten. Das gilt um so mehr, je näher sie am Thema Gesundheit operieren, etwa bei Nahrungsmitteln oder Kosmetika. Wer hier keine strikten Schadstoffkontrollen durchführt, riskiert fette Negativschlagzeilen und Umsatzeinbußen. Die bewusste Kaufentscheidung der Konsumenten ist ein mächtiger Hebel, um Unternehmen zu mehr ökologischen und sozialen Rücksichten zu bringen.

Schließlich spielt auch der „menschliche Faktor“ eine neue, größere Rolle in einer Wirtschaft, deren Erfolg mehr und mehr vom Wissen, der Innovationsbereitschaft und Teamfähigkeit ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen abhängt. Je stärker rein mechanische Tätigkeiten von komplexen Entwicklungs-, Produktions- und Serviceaufgaben abgelöst werden, desto wichtiger wird das „Human-kapital“ für die Wertschöpfung von Unternehmen. Qualifizierte Kräfte zu gewinnen, sie an das Unternehmen zu binden und zu motivieren, wird zum entscheidenden Produktionsfaktor in der postfordistischen Ökonomie. Mit dem demografischen Wandel wird sich dieser Trend zumindest in Europa noch verstärken: Je knapper das Angebot auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft, desto mehr müssen die Unternehmen ihren Fachkräften Entfaltungsmöglichkeiten bieten, und um so mehr müssen sie die „Talenteserven“ ausschöpfen, die bei den Frauen und den Migranten liegen. Deshalb sind Frauenförderung, familienorientierte Arbeitszeiten, Weiterbildung, Beteiligung der Belegschaft am Gewinn und „diversity management“ für moderne Unternehmen kein Luxus, sondern ökonomische Notwendigkeit.

DIE GUTE NACHRICHT LAUTET ALSO: Ökologie und Ökonomie sind vereinbar, und die soziale Marktwirtschaft ist kein Auslaufmodell. Können wir uns also beruhigt zurücklehnen und abwarten, bis der neue, nachhaltige Kapitalismus die Oberhand über die alte Raubbau-Ökonomie gewonnen hat? Mitnichten. Schon die bisherigen Fortschritte wurden in der Regel erst im Konflikt zwischen Politik, Bürgerinitiativen, Konsumenten und Wirtschaft erreicht. So wäre Deutschland ohne das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien nicht Weltmeister bei den alternativen Energien. Auf dem Weg in eine nachhaltige Wirtschaftsweise brauchen wir alle drei: eine kritische Öffentlichkeit, marktkonforme Steuerungsinstrumente wie den Handel mit Emissionsrechten und global verbindliche Abkommen zum Schutz der Umwelt und der Arbeitnehmerrechte. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



RALF FÜCKS ist seit 1996 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1982 wurde er Mitglied der Grünen, 1985 Abgeordneter des Bremer Parlaments, 1989/90 Vorsitzender der grünen Bundespartei, 1991 Bremer Umweltsenator. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftspolitik, Migration, Zukunft Europas. **VERÖFFENTLICHUNGEN:** „Sind die Grünen noch zu retten?“ Rowohlt Verlag, Hamburg 1991 und zahlreiche Beiträge für Bücher und Zeitungen.



SPUREN HINTERLASSEN

Viele Menschen wünschen sich, auch über den eigenen Tod hinaus für eine lebenswerte Zukunft zu wirken. Eine Erbschaft ist oftmals der Anlass, sich in aller Ruhe darüber Gedanken zu machen. Was könnte man Gutes tun, welche Ideen und welche Ziele könnte man unterstützen? Vielleicht denken auch Sie daran, Ihre Testaments- und Erbschaftsangelegenheiten zu regeln. Unsere Broschüre „Spuren hinterlassen“ informiert Sie über unsere Arbeit und über die Themen „Erben, Vererben, Stiften“. Sie gibt Ihnen wichtige Hinweise, wie Sie sich mit Ihrem Vermögen langfristig für kommende Generationen einsetzen können.

Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre kostenlos zu und besprechen Ihre Fragen mit Ihnen persönlich: Regine Walch, Fon 030-285 34-112, walch@boell.de, www.boell.de/spenden

WORAN WIR GLAUBEN KÖNNEN

VON CARL HEGEMANN

1. FRAGE: WORAN KÖNNEN WIR GLAUBEN?

Unter „Wir“ möchte ich nicht nur aufgeklärte Menschen, nicht nur Deutsche oder Europäer verstehen, sondern alle Menschen, d.h. alle, die sich der menschlichen Spezies zugehörig fühlen, alle die „Wir“ sagen können. Ich hoffe, das ist o.k. so.

2. FRAGE: WORAN KÖNNEN WIR GLAUBEN?

Wenn man „Glauben können“ als Potenz begreift, kann man diese Frage mit „wahrscheinlich an alles“ beantworten. Es gibt wohl tatsächlich kaum etwas, an das Menschen nicht schon geglaubt hätten. Wir können glauben, Napoleon zu sein, in die Zukunft sehen zu können, wir können uns für Würmer halten und die Erde für eine Scheibe oder Badewanne, und immer werden wir in der Realität Anhaltspunkte finden, die unseren Glauben stützen, selbst wenn er für Ungläubige noch so absurd erscheint. Glauben entsteht nämlich reflexiv: Wir nehmen irgendeinen Satz und erklären ihn, warum auch immer, für sakrosankt. Was auch passiert, wir dürfen ihn niemals für falsch halten. Dann erklären wir uns die Welt so, dass sie diesen Satz und unseren Glauben immer bestätigt. Wir zeichnen uns anscheinend durch eine nahezu unbegrenzte Fähigkeit aus, die Dinge so zurechtzubiegen, dass sie mit unserem Glauben kompatibel bleiben.

„Hilfskonstruktionen des Glaubens“ sichern jeden Glauben ab gegen alles, was ihm vielleicht gefährlich werden könnte, und das funktioniert, solange wir wollen. Die gleichen Erfahrungen, die einen Glauben zu widerlegen scheinen, bestätigen ihn, wenn man sie mit den Augen des Gläubigen sieht. Beispiel: Die Azande in Afrika haben einen Glauben, bei dem sich die Widersprüche maximieren; sie glauben mit Hilfe eines Orakels die Zukunft voraussehen zu können, und zwar eindeutig. Für den westlichen Beobachter wird das Orakel ständig eindeutig widerlegt, durch die Dysfunktionalität der Versuchsanordnung und durch das permanente Nicht-eintreten der Prophezeiungen. Für die Eingeborenen sind aber alle diese vermeintlichen Widerlegungen auf Fehler zurückzuführen, die beim Ritual der Orakelbefragung gemacht wurden. Das Orakel ist so kompliziert und empfindlich, dass sich der kleinste Fehler auf das Ergebnis auswirkt. Wenn aber kein Fehler gemacht wird, ist das Orakel unfehlbar. Dieser Glauben gibt ihnen Zukunftssicherheit und Souveränität. Selbst der Ethnologe Edward Evans-Pritchard, der das jahrelang untersucht hat, hat sich bei seinen täglichen Ver-

richtungen vom Orakel leiten lassen, obwohl er es selbstverständlich für Aberglauben hielt. Es ist schwer zu leugnen, dass wir es hier mit einer Argumentationsstruktur zu tun haben, die uns auch aus der Wissenschaftspraxis und dem Alltag in unseren Breiten tief vertraut ist. Alles, was unsern Glauben stört, wird so gedreht, dass es ihn bestätigt. Das muss so sein, solange wir ihn nicht für falsch halten können. Für falsch halten können wir ihn erst, wenn wir einen alternativen Glauben haben, der an die Stelle des alten treten kann. Bis das der Fall ist, müssen wir den Glauben absichern, sonst bricht unsere Welt zusammen.

Im Zuge der Aufklärung und Globalisierung in den letzten Jahrhunderten sind wir historisch und ethnographisch mit so vielen verschiedenen, sich teilweise gegenseitig ausschließenden Glaubensüberzeugungen konfrontiert worden, dass uns die Naivität, mit der wir uns unserer eigenen Hilfskonstruktionen bedient haben, bewusst geworden ist. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass Glauben erodieren und zerbrechen kann. Das niemals ernsthaft Bezweifelte verliert plötzlich oder allmählich seine Unkorrigierbarkeit, wenn es uns egal wird, und wir beginnen, die Welt nach Maßgabe anderer unkorrigierbar geltender Überzeugungen zu betrachten. Dies ist nur möglich, wenn es konkurrierende Glaubenssysteme gibt.

3. FRAGE: WORAN KÖNNEN WIR GLAUBEN?

Wenn Glauben eine selbstbestätigende Prozedur ist, mit der man selbst die absurdesten und gefährlichsten Vorstellungen zur Grundlage seiner Weltsicht machen kann, stellt sich die Frage, ob es nicht albern ist, überhaupt noch etwas wie einen Glauben für alle zu unterstellen oder zu fordern, was ja dann wahrscheinlich so etwas Fragwürdiges wie der Glaube an den Weltmarkt sein müsste oder etwas besser: der ziemlich krisensichere aber eher triviale Glaube daran, dass wir alle sterben müssen... Ich weiß es nicht. Aber der Philosoph Boris Groys hat mich auf eine Idee gebracht, die einen von mir selbst schon seit langem sentimental praktizierten Metaglauben zumindest diskutierbar machen könnte. Er behauptete, dass es eigentlich gleichgültig oder unerheblich sei, ob man an den Tod oder an die Unsterblichkeit (sei es die Unsterblichkeit ohne Tod oder nach dem Tod) glaubt. Für welchen Glauben wir uns auch entscheiden, jeder Glaube ist mit einem unlösbaren Problem verbunden. Wenn wir uns unsere Nähe zu den Tieren bewusst machen und an die eigene Sterblichkeit glauben, leiden wir am Todesbewusstsein, daran,

Fotos: Isolde Ohlbaum; Anna Viebrock

„Weder unser Wissen noch unser Handeln gelangt in irgend einer Periode des Daseyns dahin, wo aller Widerstreit aufhört, wo alles Eins ist; die bestimmte Linie vereinigt sich mit der unbestimmten nur in unendlicher Annäherung. Wir hätten auch keine Ahnung von jenem unendlichen Frieden, von jenem Seyn, im einzigen Sinne des Worts, wir strebten gar nicht, die Natur mit uns zu vereinigen, wir dächten und wir handelten nicht, es wäre überhaupt gar nichts (für uns), wir wären selbst nichts (für uns), wenn nicht dennoch jene unendliche Vereinigung, jenes Seyn, im einzigen Sinne des Wortes vorhanden wäre. Es ist vorhanden – als Schönheit.“ FRIEDRICH HÖLDERLIN 1796

dass wir verschwinden müssen und eines Tages alles vorbei ist. Wenn wir uns aber ernsthaft für den Glauben an irgendeine Art von Unsterblichkeit entscheiden, leiden wir an dem Gedanken, nicht sterben zu können, was bei näherer Betrachtung vielleicht noch unerträglicher ist als der Gedanke an den Tod. Schon für Gott, der eigentlich alles kann, weil er allmächtig ist, muss es eine schwere Kränkung sein, nicht sterben zu können. Deshalb ist Gott „Mensch geworden und hat unter uns gewohnt“, um sich am Ende selbst von Sterblichen töten zu lassen. Ist Jesus das Resultat der Unerträglichkeit der Unsterblichkeit? Gott ist tot, nicht wegen Nietzsche, sondern weil er es nicht ertrug, nicht sterben zu können...? Was soll das jetzt?

Es zeigt: Woran wir auch glauben, Sterblichkeit oder Unsterblichkeit, wir haben immer und unvermeidlich mit einem schweren Mangel zu kämpfen. Und hier entsteht der Metaglaube. „Am Tage, da die schöne Welt für uns begann“, schrieb Friedrich Hölderlin vor über 200 Jahren, „begann für uns die Dürftigkeit des Lebens.“ Und er hat aus diesem Mangel oder Dilemma eine poetische Theorie gemacht, die vielleicht das Modell für einen solchen Metaglauben liefern könnte, dessen Kern man niemals für falsch halten darf, ohne sich deshalb, wie bei andern Sachen, die man nie für falsch halten darf, zu vergewaltigen oder dogmatisch oder trivial zu werden. Hölderlin sieht als Exponent einer alten deutschen Bewusstseinsphilosophie bei allen Menschen zwei „Triebe“ oder Bestimmungen am Werke, die sich eigentlich gegenseitig im Wege stehen, aber beide notwendig sind, wenn wir als Menschen leben wollen. „Wie sollten wir den Trieb unendlich fortzuschreiten, uns zu läutern, uns zu befreien verleugnen, dass wäre thierisch. Doch wir sollten auch des Triebs beschränkt zu werden, zu empfangen nicht stolz uns überheben, denn es wäre nicht menschlich und wir töteten uns selbst.“ Autonomie und Beschränkung wären zwei Seiten unseres Lebens, an die wir gleichermaßen glauben müssten. Wo wir nur an eine Seite glauben können oder wollen, kommen wir unweigerlich in den Schlamassel. „Oft ist uns als wäre die Welt alles und wir selber Nichts, oft aber auch als wären wir alles und die Welt nichts.“ Nur auf einer „excentrischen Bahn“ zwischen diesen Extremen findet Leben statt, „es ist kein anderer Weg möglich von der Kindheit zur Vollendung“, wusste der Dichter. Daran und an die sterbliche Liebe, die diese Extreme temporär vereinen kann, können wir, wie Hölderlin, glauben, egal, was wir sonst noch glauben. Und ohne irgendwelche damit verbundenen Garantien. Von al-



lem, was mit diesem Metaglauben nicht vereinbar ist, sollten wir uns schleunigst verabschieden, weil es zur Selbstzerstörung führt. Das heißt z.B.: Für uns ist der Glaube an die menschliche Allmacht, an die ewige Harmonie oder an das Paradies auf Erden oder im Himmel nicht möglich, obwohl diesen Zuständen unsere Sehnsucht gilt, denn im selben Augenblick, in dem wir „Leidensfreiheit“, „Erlösung“ oder den „ungetrübten Äther“ erreichen, sind wir schon tot, von uns selbst erlöst. Und trotzdem arbeiten wir weiter, gegen alle Widerstände, an unserer Erlösung von allem Übel. An diesen Widerspruch können wir glauben. Und an die Liebe, die ihn manchmal kurzzeitig vergessen lässt. „Ich wünsche nur, was ich bereits besitze. So grenzenlos ist meine Liebe, so tief das Meer, je mehr ich gebe, je mehr auch hab ich: beides ist unendlich“ (Romeo und Julia). Können wir daran glauben? Ich glaube ja. ■

» Woran wir auch glauben, wir haben immer und unvermeidlich mit einem schweren Mangel zu kämpfen. « CARL HEGEMANN

VITA | PUBLIKATIONEN



CARL HEGEMANN ist Dramaturg an der Berliner Volksbühne, davor Chefdramaturg am Berliner Ensemble und am Schauspielhaus Bochum. 2003/2004 Gastprofessur an der HfG Karlsruhe, Thema: Kunst und Realität. PUBLIKATIONEN: „Plädoyer für die unglückliche Liebe. Texte über Paradoxien des Theaters 1980 - 2005“ (hrsg. von Sandra Umathum). Theater der Zeit, Berlin 2005.



„WIR HABEN FEHLER GEMACHT“

Die Anschläge

vom 11. September, der Mord an Theo van Gogh, die Bomben in Madrid und London haben die Vision einer multikulturellen Gesellschaft bis weit ins linksliberale Lager hinein erschüttert. Die Furcht vor „Parallelgesellschaften“ und deren Unterwanderung durch radikale Fundamentalisten greift um sich. War Multikulti nur eine Illusion der Toleranz der frühen 80er Jahre, die der härteren Realität einer Einwanderungsgesellschaft unter globalen Bedingungen nicht Stand hält? Welche Konsequenzen sind zu ziehen? Ein Gespräch

LUDWIG AMMANN: **Führt Einwanderung immer zur Herausbildung von „Parallelgesellschaften“?**

DANY COHN-BENDIT, GRÜNER EU-ABGEORDNETER: Ja, Einwanderung führt immer zu Einwanderervierteln. Man sucht die Leute, die man kennt. So war es auch im jüdischen Viertel im Paris der 30er Jahre, man sprach nur Jiddisch. Zentral ist: Wohin entwickeln sich die zweite und dritte Generation? Die multikulturelle Gesellschaft ist keine Utopie, sie ist Realität – aber wie gestaltet man diese?

AIMAN MAZYEK, ZENTRALRAT DER MUSLIME: Und wie können sich die Einwanderer als Mitgestalter begreifen? Ich erinnere daran, wie viele Jahre sie vom Traum der Rückkehr geprägt wurden.

OBA ABALI, LEITERIN DEUTSCH-TÜRKISCHER DIALOG: Einwanderung ist eine Sache von Generationen. Die Entstehung einer integrierten und vielfältigen Gesellschaft braucht gut hundert Jahre. Das Umdenken, dass Menschen anderer Hautfarbe und Religion deutsch sein können, hat erst begonnen.

COHN-BENDIT: Auch unter den Migranten. Zur Einwanderungsgesellschaft gehören harte Auseinandersetzungen über die Rahmenbedingungen von Einwanderung und Integration und das auf beiden Seiten. Bis Ende der 80er Jahre hatten auch wir die Vorstellung vom Gastarbeiter, der wieder nach Hause geht. Seitdem haben wir begonnen, Einwanderung zu gestalten, also seit gerade mal 15 Jahren, das ist gar nichts.

MAZYEK: Hinzu kommen zwei Entwicklungen: Die mehrheitlich türkischen Einwanderer kamen mit einer für Deutschland fremden Religion und aus einer unbekannteren kulturellen Tradition. Rückständigkeit in der islamischen Welt und Anschläge wie der vom 11. September werden vorbehaltlos auch auf die Muslime hierzulande projiziert. Hinzu kommt, dass das politisch konservative Lager Integrations- und Sicherheitspolitik in einen Topf wirft. Das ist fatal.

AMMANN: **Terror macht Angst, und so werden die Zuwanderer in Sippenhaft genommen für diejenigen unter ihnen, die unsere pluralistische Gesellschaft bekämpfen.**

COHN-BENDIT: Angst schärft aber auch den Blick, etwa auf die Zwangsverheiratung junger türkischer Frauen. Dabei gibt es das hier seit gut zwanzig Jahren, nur hat es die meisten Deutschen nicht gestört. Jetzt werden die Widersprüche der Einwanderung sichtbar. Der Mörder von Theo van Gogh war musterhaft integriert, er konnte perfekt Holländisch, der bayrische Innenminister Beckstein hätte seine Freude gehabt – und dann wurde er radikalisiert durch Identifikation mit dem Weltgeschehen.

MAZYEK: Richtig. Das gehört auch zur Globalisierung: Dieser junge Mann baute sich mit Bildern und Infos aus Satelliten-TV und Internet ein Feindbild. Dabei war er kein radikalisierte Islamschüler, er war Teil der westlichen Gesellschaft, bis er Scharlatanen in die

Hände fiel. Es gibt eben in jeder Gesellschaft schwarze Schafe.

COHN-BENDIT: Das geht tiefer als „schwarze Schafe“. Der islamische Fundamentalismus surft auf real existierenden Widersprüchen und Problemen ob in Saudi-Arabien oder im Iran, der Ausbeutung der Dritten Welt usw. Die Ideologie des islamischen Fundamentalismus ist nicht der Islam, hängt aber am Islam.

MAZYEK: Einverstanden, mit der Präzisierung: Die Ideologie kommt vom Menschen nicht von der Religion.

COHN-BENDIT: Ich kann nicht sagen, das Problem ist der Islam, das wäre unverantwortlich. Ich kann aber auch nicht sagen, es ist nicht der Islam.

MAZYEK: Nein.

COHN-BENDIT: Auch der jüdische Fundamentalismus in Gaza hatte etwas mit der jüdischen Religion zu tun. Als Laizist tue ich mich schwer, da den richtigen Ansatz zu finden.

MAZYEK: Wir sind uns da ganz nah. Es ist eine Herausforderung für die Muslime, die Ideologisierung der Religion aufzuarbeiten, die in den 1950er Jahren in Ägypten begann, Stichwort Muslimbrüder und islamischer Staat, und von der die Fundamentalisten heute noch zehren. Historisch mag das als eine Art Befreiungstheologie in einer Diktatur eine Berechtigung gehabt haben. Aber den Islam als Gegenmodell zum Westen aufzubauen, obwohl er kulturell viel vom Westen adaptiert hat und umgekehrt – das war fatal. Die Politisierung von Religion und die Theologie eines „islamischen Staats“, was immer das heißen mag, ist ein Auslaufmodell und eine falsche Lehre, mit der wir Muslime uns auseinander setzen müssen. Leider befindet sich die islamische Welt nicht in einer geistigen Hochphase, da tun solche Analysen weh. Ich mach den freien Theologen zum Vorwurf, dass sie sich dazu wenig äußern, sich von der Politisierung in Dienst nehmen lassen und kaum Gegenargumente entwickeln.

COHN-BENDIT: Man muss die Tendenzen stärken, die sich mit dem Totalitarismus im Islam auseinander setzen ...

MAZYEK: ... und darauf hinweisen, dass es auch andere Kräfte innerhalb des Islam gibt. Das wäre der erste Schritt, damit der Westen den Islam nicht monolithisch sieht. Denn er merkt nicht einmal, dass er seinerseits diese Dialektik – Islam dort und Westen hier – fördert. Hinzu kommt, dass auch der Westen seine Erfahrungen mit totalitärem Gedankengut gemacht hat. Leider müssen wir feststellen, dass totalitäre und fundamentalistische Gedanken auch in der

muslimischen Gesellschaft Einzug gehalten haben. Natürlich ist die Mehrheit friedliebend. Ja, aber es gibt bei einigen eine Affinität ...

COHN-BENDIT: ... eine klammheimliche Freude ...

MAZYEK: ... über solche Anschläge. Ich sage das auch in der Moschee: So lange es einen Bodensatz an Schadenfreude gibt, wenn irgendwo eine Bombe hochgeht, so lange haben wir ein Problem, wir, die muslimische Community!

COHN-BENDIT: Gut. Aber wie regt man unter Einwanderern eine Debatte über Zwangsheirat und Fememord an? Der Terrorismus ist ja nicht die einzige Ebene. Wenn ich durch Frankfurt gehe, sehe ich immer mehr Kopftücher. Ich habe lang gebraucht, überhaupt zu akzeptieren, dass ich das sehe. Unsere These, dass sich bei der zweiten und dritten Generation eine offenere Weltsicht entwickeln würde, stimmt nicht. Wie können wir, ohne der Kultur der Einwanderer die notwendige Anerkennung zu versagen, durchsetzen, dass Zwangsheirat und Fememord inakzeptabel sind?

ABADI: Ich habe kein Patentrezept. Um auf den Multikulturalismus zurückzukommen: Es war ein Fehler, dass lange Zeit Zwangsheiraten nach dem Motto akzeptiert wurden: Das ist bei denen eben so. Oder dass man die Entschuldigungen gelten ließ, nach der jemand im Affekt gehandelt hätte: Das ist in dieser Kultur so, da gibt es Fememorde, also: Strafmilderung. Wir haben ein Grundgesetz, das sich an der Unantastbarkeit der Menschenwürde orientiert, das ist die Grenze. Alles, was diese verletzt, ist unzulässig, also auch die Beschneidung von Frauen, Zwangsehen und andere Einschränkungen der Freiheit.

COHN-BENDIT: Wie weit geht das? Die Debatte fängt beim Kopftuch an. Da hört man oft: Was soll das Verbot? Dann geht sie weiter: Welche Ausnahmen dürfen an Schulen für türkische Mädchen gelten? Dann landen wir beim Biologieunterricht und sind sprachlos!

MAZYEK: Halt, Zwangsehen und Kopftuch sollte man nicht durcheinander werfen. Ich unterstelle, dass es unter den Kopftuchträgerinnen in Frankfurt viele gibt, die aufgeklärt, mit Topbildung und emanzipiert das Kopftuch tragen. Obwohl ich bei meiner letzten Reise in Ägypten erstaunt war über die Umkehr der Verhältnisse: Vor zehn Jahren etwa waren 90:10 ohne und heute sind 90:10 mit Tuch. Ich habe meine Schwierigkeiten, das als Ausdruck reiner Religiosität zu begreifen, aber letztlich steht es jeder Person frei anzuziehen, was sie will. Trotzdem müssen wir einen Großteil der Muslime als Menschen begreifen, die versuchen, Modernität und Religiosität unter einen Hut zu bringen. Damit tun wir uns in Europa schwer. Wir dachten, Religion sei Vergangenheit, und sind nun mit einer neuen Form der Religiosität konfrontiert, auch unter Juden und Christen, aber unter Muslimen ist dies besonders offensichtlich durch das Kopftuch. Wir sollten dabei die Religion durchaus als Partner im Kampf gegen Zwangsehen, Ehrenmorde und Unterdrückung begreifen, eine Vorstellung, die einigen schwer fällt.

COHN-BENDIT: In meiner Zeit als multikultureller Dezernent in Frankfurt bin ich auf Grundeis gelaufen, als ich die Moscheen

» Das Umdenken, dass auch Menschen anderer Hautfarbe und Religion deutsch sein können, hat erst begonnen. «

OBA ABALI, PROJEKTLITERIN DES DEUTSCH-TÜRKISCHEN DIALOGS BEI DER KÖRBER-STIFTUNG



» Wir haben zwanzig Jahre nicht gehandelt. « AIMAN MAZYEK, CHEFREDAKTEUR VON „ISLAM.DE“ BEIM ZENTRALRAT DER MUSLIME IN DEUTSCHLAND



» Die Mehrheitsgesellschaft ist durch Angst sehr ungeduldig geworden. « DANY COHN-BENDIT, GRÜNER EU-ABGEORDNETER

es geschieht nichts von allein. Es wird auch immer wieder neue Probleme geben. Man darf aber nicht nur die Probleme sehen, sondern auch das Positive, etwa die „Hamburger Tulpe“ für deutsch-türkischen Gemeinsinn, die erfolgreiches Miteinander auszeichnet.

AMMANN: Damit zurück zur Ausgangsfrage: Was tun, wenn die dritte, hier geborene Generation weniger Deutsch spricht als die vorangegangene?

COHN-BENDIT: Wir haben Fehler gemacht, als wir die Pflicht der Einwanderer, Deutsch zu lernen, als Assimilationszwang ablehnten – eine unsägliche Debatte. In den USA will jeder Englisch lernen, in der zweite Generation können es alle. Wer nach Amerika kommt, will Amerikaner werden, so funktioniert das. Wer nach Deutschland will, muss Deutsch können. Da haben wir versagt.

MAZYEK: Die islamischen Gemeinden auch! Dabei müssen Muslime in England Englisch sprechen, was denn sonst. Da haben beide Gesellschaften geschlafen, und das Thema Integration auf die nächsten zwanzig Jahre verschoben.

COHN-BENDIT: Dazu kommt, dass sich die Arbeitslosigkeit in diesen zwanzig Jahren dramatisch verstärkt hat, was besonders die Einwanderer trifft. Lehrer, gerade an Grundschulen, sind mit multikulturellen Klassen überfordert und werden mit irrsinnigen Problemen allein gelassen. Die Schule lässt die Migranten fallen, das verfestigt das Bewusstsein, nicht dazu zu gehören.

OJA ABALI: Die multikulturelle Ausbildung der Lehrer beginnt erst. Wir müssen daran arbeiten, dass sich Menschen anderer Herkunft mit dem Deutsche identifizieren können. Das geht nur, wenn sie als Deutsche willkommen sind. Daran hakt es.

MAZYEK: Die Herkunftssprache wird oft als etwas betrachtet, das nicht hierher gehört. Die neue Kultur wird nicht als Bereicherung verstanden. Jetzt sind wir stolz, dass ein deutscher Regisseur bei der Berlinale gewonnen hat. Das war ein Türke!

OJA ABALI: Nein, ein Deutscher!

COHN-BENDIT: Der ist nicht mehr Türke, sondern Deutscher türkischer Abstammung, der aus seiner biculturellen Identität irrsinnige Kraft schöpft.

MAZYEK: Dann bin ich auch Deutscher.

COHN-BENDIT: Bist du auch!

MAZYEK: Aber viele packen es nicht, weil ihnen gesagt wurde: deine andere Kultur ist minderwertig und gehört nicht hierher.

COHN-BENDIT: Einverstanden. Ich will ja nur, dass Deutsche nicht mehr bedeutet, dass man unbedingt bayrischer Abstammung sein muss. ■ **LUDWIG AMMANN FÜHRTE DURCH DAS GESPRÄCH**

gegen diese Verhältnisse zu mobilisieren versuchte.

ABADI: Aber heute hat Necla Kelek ihr Buch gegen Zwangsheirat in einer Hamburger Moschee-Vereinigung vorgestellt. Die Diskussion im Inneren der Community hat begonnen.

MAZYEK: Es gibt viele Eltern, die sich vom Grundgesetz nicht zur Raison bringen lassen – wohl aber, wenn man ihnen sagt: So und so steht das im Koran.

COHN-BENDIT: Die Mehrheitsgesellschaft hat Angst und ist ungeduldig geworden. In vielen Stadtteilen scheint die Lage ausweglos. **MAZYEK:** Ja, wir haben kaum noch Zeit. Wir haben zwanzig Jahre in der Community nicht gehandelt, und die Mehrheitsgesellschaft hat auch gepennt, und nun will sie Ergebnisse und droht, die Dauerschrauben anzuziehen – was die Debatte nicht befördert.

COHN-BENDIT: Wir müssen die Auseinandersetzung zwischen und in den Communities suchen und diesen liebenden christlich-jüdischen Blick „Wir sind doch alle Brüder, wenn wir uns die Hand geben, wird alles gut!“ aufgeben. Das hilft nicht mehr. Es gibt rassistische Widersprüche bei uns Eingesessenen, wir haben vor Fremden Angst. Und es gibt Strukturen bei den Einwanderern, von denen sich unsere Gesellschaft befreit hat und die jetzt zurückkehren. Aber man kann Frauenemanzipation der islamischen Welt nicht aufzwingen, die muss durchlebt werden. Man muss den einen sagen: Leute, ihr sagt „Multikulti ist am Ende“, das könnt ihr euch wünschen, aber es bringt nichts! Und den anderen: Einwanderung ist auch ein Anspruch an euch, die anderen müssen nicht nett zu euch sein! Einwanderung ist ein harter Kampf für die Einwanderer.

MAZYEK: Für alle. Ihr Ansatz, Probleme zu benennen, ist konstruktiv, die Leitkulturdebatte dagegen destruktiv. Es ist eine Ausgrenzungsdebatte.

ABALI: Die Mehrheitsgesellschaft denkt, dass Integration irgendwann abgeschlossen sei. Diesen Prozess muss man unterstützen,

LOYALITÄTEN UND RITUALE SIND WEITERHIN MÄNNLICH

Was hat Rot-Grün den Frauen gebracht? VON BARBARA SICHTERMANN

Die Frauenbewegung war immer stolz auf ihren Status als „autonome“ Kraft, aber sie hat auch die offizielle Politik zu beeinflussen versucht. Sie wollte frei bleiben bei ihrem Kampf um neue Chancen, erstrebte für ihr Gleichheitsverlangen aber auch Gesetzeskraft. Zu Beginn glückte dieser Spagat. Als sich aber dann erwies, dass auch die Emanzipation langfristig übers Schnecken-tempo nicht hinauskommt und sogar Rückschritte nicht ausbleiben, erlahmte bei den autonomen Frauen die Begeisterung. Und bei denen, die den Marsch durch die Institutionen angetreten hatten, setzte sich die oft mit Resignation verbundene Einsicht durch, dass Realpolitik Zeit frisst und Glanz vermissen lässt. In dieser Situation trat vor sieben Jahren die rot-grüne Regierung ihre erste Dienstperiode an.

EIN WENIG VON DER AUFBRUCHSLUST

dieser Zeit übertrug sich auf die Frauen. Aber bald hieß es: Die Bewegung stagniert. Und die neue Regierung hatte dem weiblichen Teil der Bevölkerung längst nicht so viel zu sagen wie 1983 bei Antritt der Konservativen Heiner Geißler als Familienminister mit seinem Manifest. Schröder verplapperte sich, indem er Frauenbelange als „Gedöns“ abtat. Die junge Frauengeneration schließlich hielt sämtliche Emanzipationsansprüche für eingelöst und Männerhasserinnen für peinlich. Verena Feldbusch war „in“, Alice Schwarzer out. Die Frauenbewegung hätte stärker auf Autonomie setzen müssen, um eine neue Agenda aufzustellen.

Foto: Simon Brückner

Dazu fand sie die Kraft nicht. Aber so etwas wie eine neue Unzufriedenheit machte sich spätestens zu Beginn der zweiten Regierungsperiode von Rot-Grün breit. Jetzt standen Themen obenan, die Frauen direkt betrafen. Alice Schwarzer war wieder öfter im Fernsehen, Verena Feldbusch seltener. Man fürchtete um die Renten und die Geburtenrate. Ferner war Pisa eine Provokation wie der Erziehungsnotstand und die Bildungsmisere. Die Politik begriff, dass sie den Frauen Angebote machen müsste: damit sie wieder Lust hätten, Familien zu gründen, und den Rentennachwuchs zu sichern. Damit sie mehr Ausdauer zeigten beim Karriere-Machen, um so das Kapital, das in ihre (inzwischen obligatorische) Ausbildung gesteckt wurde, zu verzinsen. Die Überforderung, die darin lag, wurde schnell offensichtlich.

Die Lösung hieß: mehr Kindergärten. Dies Thema beherrschte wie eine Art Geisterdebatte das vergangene Jahr. Zahlen schwirrten durch die Luft: von Geldern, die bereitgestellt, von Betreuungsplätzen, auf die es Rechtsansprüche geben, von Babys, die zusätzlich geboren werden sollten – lauter Luftnummern, die nur eins bewirkten: Wir wissen jetzt, dass in Frankreich, wo die *écoles maternelles* sämtliche Kleinkinder aufnehmen, ein Äquivalent für das Wort „Rabenmutter“ nicht existiert. Und dass deutsche Mütter Glucken sind. Sonst ist nichts passiert.

Kindergartenplätze sind selten und teuer geblieben. Die Geburtenrate sinkt weiter.

Frauen drängen in einer Art dumpfer Verzweiflung auf einen Arbeitsmarkt, der sich vor ihnen verschließt. Die jungen Frauen haben eingesehen, dass doch nicht alles paletti ist mit der Gleichstellung und machen ein (unbezahltes) Praktikum nach dem anderen, um die Zeit rumzukriegen und sich einbilden zu können, sie erhöhten ihre Qualifikation. Es sieht düster aus. Aber da auch Männer um ihre Jobs bangen und sogar Beamte mit Gehaltskürzungen leben müssen, kommen die Frauen mit ihren Problemen nicht recht zur Geltung. Zumal sich die öffentliche Moral gegenüber allen Detailfragen, die beim Thema Emanzipation noch offen sind, aufgeschlossen zeigt.

KEIN MENSCH, der ernst genommen werden will, lehnt heute eine Frau ab, die sich gegen Kinder entscheidet. Niemand erklärt ein Mädchen lauthals für verrückt, das Pilotin werden will. Das Klima ist der Emanzipation zugeneigt. Angela Merkel wird kritisiert, aber es wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sie als Frau besonders viel Härte zeigen muss, damit man ihr das schwere Amt zutraut. Sexistische Witze auf ihre Kosten gelten nicht als akzeptabel.

Frauen also werden besser geachtet, ihre Chancengleichheit ist *de jure* durch. Die autonome Bewegung hat viel dazu getan, die amtierende Politik manches – wenn sie musste. *De facto* aber ist Chancengleichheit nicht verwirklicht. Die Welt ist vermachtet, die Macht ist männlich. Männer kontrollieren die schwer dingfest zu machenden Ressourcen wie Beziehungen, Loyalitäten, Rituale der Zugehörigkeit usw. Frauen scheitern vor allem an den ungeschriebenen Gesetzen einer androzentrischen Struktur. Die Falle, die das Muttersein bei diesem Scheitern darstellt, ist im Vergleich damit weit weniger wichtig. Dass sich die Debatte aber hierauf konzentriert, heißt, dass die Haupt- hürden nur unzureichend erkannt und benannt sind. Für diese Aufgabe wünscht frau sich eine autonome Bewegung zurück, die keine Rücksicht auf Parteien, Koalitionen und *political correctness* nimmt. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



LUDWIG AMMANN, geboren 1961, ist freier Publizist, Islamwissenschaftler und Mitinhaber von KOOLFILMDISTRIBUTION, einem unabhängigen Arthousefilmverleih in Freiburg. Forschungen für das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen. **JÜNGSTE HERAUSBRINGUNG:** „Kukushka“ von Aleksandr Rogoshkin (www.koolfilm.de) **VERÖFFENTLICHUNG:** „Islam in Sicht“ (Hrsg.), transcript, Bielefeld 2004.

VITA | PUBLIKATIONEN



BARBARA SICHTERMANN ist freie Autorin und lebt in Berlin. Sie erhielt den Elisabeth-Selbert-Journalistinnenpreis und wurde mit dem Jean-Amery-Preis für Essayistik ausgezeichnet. **PUBLIKATIONEN:** „Frauen sehen besser aus. Frauen und Fernsehen“ (zus. mit Andrea Kaiser). Antje Kunstmann Verlag, München 2005. „Fünzig Klassiker der Lyrik“ (zus. mit Joachim Scholl). Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2004.

Seit kurzem sind sie erneut zu hören, die Worte, die vor gut vierzig Jahren als „Spießertugenden“ entsorgt oder in „Sekundärtugenden“ umbenannt worden waren. Aber spätestens seit Josef Ackermanns Victory-Zeichen sind „Anstand“, „Maß“ und „Moral“ wieder da, und was in den 60ern und 70ern des letzten Jahrhunderts als intellektuell nicht satisfaktionsfähig galt, gilt inzwischen als Korrektur der „68er-Übertreibungen“. Nur wenige halten heute noch die „Anständigen“ für Reaktionäre. Und nur Reaktionäre wollen die 68er noch mit Stumpf und Stil ausrotten („Die 68er haben mehr Werte zerstört als der ganze Kommunismus“ – Jörg Schönbohm). Anstand, wie riecht dieses Wort heute?

„SEIN VERHALTEN WOLLTE MICH ZUM BLOCKWART MACHEN. DAS IST DAS ANSTANDSSPIEL.“

VON ANDREAS MAIER

Sekundärtugenden führen zu ganz verschiedenen Dingen. Das heißt, sie führen nicht dazu, sondern sie ermöglichen sie. Ohne Sekundärtugenden hätte ich nie einen Roman zuende gebracht. Ohne Sekundärtugenden würde ich sowieso nur dasitzen und ziemlich viel trinken. Ich würde essen, Kohlrouladen, Schnitzel, Krautwickel, Haxen, und immer Bratkartoffeln dazu, manchmal Püree. Ich würde Bier trinken, und Schnaps. Ich würde in den Odenwald in einen mir bekannten, völlig abgelegenen Landgasthof fahren, keine Vernunft mehr kennen, und alles, was ich noch an Geld habe, in diesem Landgasthof verfressen, versaufen und verschlafen, denn das ist das Paradies, bis zur Einlieferung ins Krankenhaus oder in die Irrenanstalt.

Also kann man ein Grundmaß an sogenannten Sekundärtugenden schon haben, auch wenn das Wort mir nicht gefällt. Disziplin ist so eine Tugend. Ich gebe zu, ich bin diszipliniert, bis zu einem gewissen Maß. Fleißig, ja, auch. Manchmal sehr, manchmal gar nicht.

Sekundärtugenden führen aber nicht nur zu einem Roman, sondern natürlich auch zu allen anderen Dingen, für die es Tätigkeit

und Ausdauer braucht. Das Konzentrationslager ist hier ein beliebtes Beispiel, man könnte auch jedes Atomkraftwerk nennen. Autobahnen. Das ganze Menschen-Übel dieser Welt wäre ohne Sekundärtugenden ebenso unterentwickelt geblieben wie, sagen wir, die Kunst. Das Gute im christlichen Sinn macht hier freilich eine Ausnahme, denn es beruht nicht auf Sekundärtugenden, sondern auf Liebe. Und mit Liebe baut man weder eine Autobahn noch ein Atomkraftwerk noch eine Atombombe, man steuert mit ihr kein Kampfflugzeug und führt mittels ihr auch keine Hinrichtungen durch. Mit Liebe allein schafft man auch keine Kunst. Liebe ist eine unmittelbare Handlung, Zivilisation ist das Gegenteil einer unmittelbaren Handlung, Zivilisation beruht auf Sekundärtugenden.

MIT DEM ANSTAND verhält es sich folgendermaßen. Anstand dient dem einen dazu, den anderen zu überprüfen. Wir Deutschen haben einen ausgesprochenen Hang zur Blockwartmentalität. Blockwart ist ein ganz und gar deutsches Wort, es hat mich immer gewundert, warum das Ausland mit uns Worte wie Kraut und Würstchen, Wiener Schnitzel und Blitzkrieg (ein Wort, das Chaplin im

„Großen Diktator“ erfunden hat) verbindet, aber nicht Blockwart. Die deutsche Seele ist oben im Kosmos, unten aber läuft sie um den Block und kontrolliert. Aus der Zusammenhangslosigkeit beider Perspektiven ist nicht gerade Gutes entstanden. Die Deutschen waren die ersten, die zivilisatorische Entwicklungen (Technik, Industrialisierung, Infrastruktur) mit dem Blick in den spekulativen Himmel benutzt haben, und was daraus geworden ist, war natürlich die Hölle.

Ein gesellschaftsweit geführter Anstandsdiskurs verursacht mir Übelkeit. Ich kenne Herrn Ackermann nicht, aber ich weiß, daß Geld etwas ebenso Reelles wie Fiktives ist, und die, die da sagen, wie kann der so viel Geld ...!, die sollen dann auch sagen, wie sie das Geld dahinbringen wollen, wo sie es sinnvoller und anständiger finden. Da steckt eine Utopie dahinter. Die der gerechten Verteilung. Und Ackermann ist der Sündenbock (für das, was sie System nennen). Ich habe im Vergleich zu jenem mir persönlich nicht bekannten Mann ein Kapital, das sich gegen die Nullachse nähert. Ich bin aber nie auf den Gedanken gekommen, diesen Herrn für unanständig zu halten oder ihm etwas zu neiden.

Auf der einen Seite der Medaille Anstand steht also der Blockwart: Ich, so der Wart, mußte mein Leben lang arbeiten, dann sollen andere auch, aber die tun ja nichts, liegen nur auf der faulen ... haben lange Haare ... kriegen Stütze! Oder scheffeln Ackermann-Millionen im Brioni-Anzug (nein, das war, glaube ich, Schröder mit dem Brioni-Anzug) ...

Der Blockwart will, daß alles gleich ist, aus Angst und Neid und Ressentiment.

AUF DER ANDEREN SEITE DER MEDAILLE ANSTAND ABER, und das soll man nicht vergessen, steht der Provokateur. Der Provokateur will den anderen zum Blockwart machen, er will ihn soweit bringen, daß er den Provokateur dazu auffordert, gewisse Dinge zu unterlassen, weil er sie als Angriff auf sich sieht. Dann hat der Provokateur sein Ziel erreicht, denn nun kann er rufen: Ha, da ist ein Blockwart, er schränkt mich in meiner Freiheit ein, er will mich nicht so sein lassen, wie ich will.

(Übrigens muß er gar nicht merken, daß er ein Provokateur ist, er kann sich – und das ist ja ein tolles Angebot – als Opfer fühlen, als das Opfer der Ressentiments anderer, selbst wenn die gar kei-

ne haben, sondern er den anderen nur über Gebühr auf die Nerven geht mit seiner penetranten Demonstration.)

Seitdem ich lebe, gibt es (nur als ewiges Beispiel seit meiner Jugend) Diskussionen um lange Haare, Löcher in Kleidung etcetera. Heute laufen Jugendliche ja kollektiv mit Helge-Schneider-Frisuren herum. Ich glaube niemandem mehr, wenn er sagt, daß ihm das einfach so gefalle. Auch mir hat das nicht einfach so gefallen. Es gibt überhaupt kein Einfach so. Alles, was man macht, macht man in Bezug auf die gesamte Umwelt. Da unterscheiden wir uns nicht von Tieren. Alles ist ein einziges Revierverhalten. Es gibt ein ebenso aggressives Anzug-und-Krawatte-Tragen wie ein kampfbereites Löcher-und-Lange-Haare-Tragen.

Neulich saß ich im ICE-Bordrestaurant, mir gegenüber legte ein Mann seine Füße auf den Stuhl und wedelte mit ihnen einen Meter neben meiner Roulade herum, wobei er mich angrinste. Hätte ich gesagt: Muß das sein?, dann hätte er zurückgefragt, was mich denn störe. Anschließend hätte er mich Begründungen nachliefern lassen. Sein Verhalten wollte mich zum Blockwart machen. Das ist das Anstandsspiel.

Wenn es einen gesellschaftlichen Diskurs um Anstand gibt (Diskurs, was für ein Wort!), dann müßte er immer eingedenk dessen geführt werden, was Anstand ist. Anstand ist eine Kontrollinstanz. Diese Kontrollinstanz kann sehr schnell mißbraucht werden, von beiden Seiten. Vom Blockwart ebenso wie vom Provokateur.

Erträglich gebraucht ist der Begriff nur, wenn man die anderen in Ruhe läßt. Ackermanns Millionen kann ich niemandem vorwerfen, und ich kann auch niemandem seine Lebensführung vorwerfen (Führung! als hätte dieses Wort Sinn bei einem Leben, das doch immer viel mehr ist), denn ich kenne die Menschen nicht, ich weiß nicht um sie und will sie lieber achten in ihrem Geheimnis als jeweils einzigartiges Geschöpf, dessen Mysterium ich nicht kenne.

ABER NATÜRLICH: Ich möchte auch nicht kontrolliert werden, wo ich niemanden angreife, und ich möchte von niemanden angegriffen werden, den ich nicht kontrolliere.

Ich denke, daß ist alles, was man sinnvollerweise über Anstand sagen kann. Reden wir nicht so viel davon! ■

Foto: Jürgen Bauer

VITA | PUBLIKATIONEN



ANDREAS MAIER, 1967 geboren, ist Schriftsteller und wohnt in Bad Nauheim. **ROMANE IM SUHRKAMP VERLAG:** „Wäldchestag“ (2000), „Klausen“ (2002) und „Kirillow“ (2005). Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen und Preise darunter den Clemens-Brentano-Preis der Stadt Heidelberg und den Ernst-Willner-Preis beim Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb.

DER POL DER BEHARRUNG

Was das Auftauchen der Linkspartei im gesamtdeutschen Parteiensystem bedeutet. VON TOBIAS DÜRR

Das Auftauchen der so genannten Linkspartei als gesamtdeutsches Phänomen hat viele Menschen überrascht. Wie und warum konnte sich die um Oskar Lafontaine und beträchtliche Teile des hauptamtlichen Funktionärsapparats der westdeutschen Gewerkschaften erweiterte PDS etablieren? Wer die Antwort auf diese Frage sucht, darf bei den gängigen Erklärungen nicht stehen bleiben. Diese handeln stereotyp von der Empörung über Hartz IV, der Enttäuschung über die Agenda 2010, der Wut auf den „Genossen der Bosse“ Schröder und, bis zur völligen Ermüdung, vom angeblichen „Neoliberalismus“ der SPD und der Grünen. Das alles benennt Phänomene, erklärt aber nichts. Mehr Erkenntnis verspricht es, auf den Wandel der grundlegenden Konfliktmuster innerhalb der deutschen (und europäischen) Gesellschaft zu achten, die das Aufkommen von Parteien wie die Linkspartei möglich machen.

„Kraftvolle Parteien sind das Ergebnis kraftvoller Anstöße, die sich aus historischen Lagen ergeben“, hat der Politologe Wilhelm Hennis geschrieben. Damit hat er die Theorie der *cleavages*, jener kreuz und quer durch die Gesellschaft verlaufenden Konfliktlinien griff auf den Punkt gebracht. Es mag hier dahinstehen, ob die Linkspartei tatsächlich eine „kraftvolle“ Partei genannt werden kann. Klar ist immerhin, dass die Partei tatsächlich das Produkt bestimmter „kraftvoller Anstöße“ und einer bestimmten „historischen Lage“ ist – einer neuen Konfigurierung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Der Publizist Warnfried Dettling spricht von „politischen Strömungen“, die „sich eine neue Richtung suchen“.

DAS STIMMT, ist aber missverständlich formuliert. Tatsächlich entsteht ja keine neue Richtung. Vorerst intuitiv noch oder schon sehr bewusst ordnen sich die Menschen vielmehr einer von zwei großen Strömungen zu: der Partei der Bewegung oder der Partei der Beharrung. Weder die eine noch die andere gibt es heute als Organisation. Aber beide Parteien existieren bereits in den Köpfen der

Menschen, und die jeweils mit ihnen verbundenen Vorstellungen, Hoffnungen oder Befürchtungen überlagern überkommene Entgegnungen. Warum ist das so?

Deutschland und die Welt haben sich in den vergangenen Jahrzehnten enorm verändert – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und kulturell. Jede zeitgemäße Politik muss heute neue Antworten finden: auf den bevorstehenden demografischen Kladderadatsch, auf die Globalisierung, den Herbst des Ölzeitalters und die Entstehung einer Ökonomie, die immer mehr auf der Verarbeitung von Wissen und Informationen basiert. „Zu dieser Jahrtausendwende ist eine neue Welt dabei, Form anzunehmen“, schreibt der Soziologe Manuel Castells angesichts der Tiefe der Transformation.

CASTELLS HAT RECHT. Wir erleben in diesen Jahrzehnten einen Umbruch der Gesellschaft, der dem Übergang vom Agrar- zum Industriezeitalter nicht nachsteht – und neue politische Konfliktlinien erschafft. Jeder wirtschaftliche und soziale Wandel kennt Gewinner und Verlierer. Einzelne Menschen, Gewerbe oder Branchen, Städte, Regionen, Nationen, Erdteile steigen auf, andere geraten ins Hintertreffen oder ins Abseits. Historisch ist es zwar nie anders gewesen, doch die abstrakte Erkenntnis fällt leichter als die Einsicht, man selbst, die eigene Gesellschaft, könnte hier und jetzt von solchen Prozessen betroffen sein. Dabei ist längst unbestreitbar, dass Deutschlands Wohlstand und sozialer Frieden mit den Denkweisen, Mentalitäten und Instrumenten der Vergangenheit nicht zu erhalten und zu erneuern sein werden. Nichts kommt von selbst, und nur wenig ist von Dauer – Willy Brandts zeitlose Binsenweisheit stimmt heute womöglich noch ein wenig mehr als früher.

Nur leuchtet dies eben nicht allen ein – und genau hier verläuft die zentrale neue Konfliktlinie innerhalb der deutschen Gesellschaft. Viele wollen es weiterhin lieber ruhig angehen lassen, nicht wagen werden auch in Zukunft an denjenigen Institutionen und



Üblichkeiten festhalten wollen, die ja auch früher gut genug gewesen sind. „Es ist, so gesehen, gerade die verblüffende Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, die sich unter dem Anprall neuer Erfahrungen als Belastung erweist“, schreibt der Historiker Hans-Ulrich Wehler.

Die einen begreifen das, andere verweigern sich. Die alte mentale Mitte der Bundesrepublik als Komplex insgesamt geteilter Grundannahmen und Mentalitäten trägt nicht mehr. Wo es die einen zurückzieht in die idyllisierte Vergangenheit des „Goldenen Zeitalters“ (Eric Hobsbawm), fordert auf der anderen Seite eine „Generation Reform“ (Paul Nolte) Dynamik und Erneuerung. Diese elementare Auseinandersetzung zwischen zwei Generaldeutungen der Wirklichkeit liegt im Grunde schon jetzt sämtlichen gesellschaftlichen Debatten in Deutschland zugrunde. Den Druck des Wandels spüren alle – sie regieren nur völlig unterschiedlich auf ihn. Die einen rufen trotzig: „Wir wollen behalten, was wir haben!“ Die anderen erwidern: „Das hat aber Voraussetzungen – Voraussetzungen, die wir erneuern oder überhaupt erst schaffen müssen.“

DAS EXISTIERENDE DEUTSCHE PARTEIENSYSTEM bildet diese in der Gesellschaft entstehende Hauptkonfliktlinie zwischen Bewegung und Beharrung nicht adäquat ab. Der Bruch verläuft mitten durch die großen Volksparteien, auch mitten durch die Anhänger-schaft der Grünen. Einzig die um sozial marginalisierte Wählergruppen konkurrierenden Parteien NPD, DVU und Linkspartei lassen sich als reine Parteien der Beharrung charakterisieren: In ihrem Populismus und Protektionismus sowie in ihrer nationalen Wohlfahrtsnostalgie eint sie weitaus mehr, als sie ideenpolitisch von einander trennen mag.

Das alles gärt schon lange. Die wirkliche Neuerung der Wahl 2005 bestand allein darin, dass sich mit der Linkspartei im deutschen Parteiensystem ein Pol der Beharrung etabliert hat. Ob die-

se Partei mittelfristig funktionieren kann, ist zweifelhaft. Dass für ihr Angebot der nackten Wirklichkeitsverleugnung eine beträchtliche Nachfrage besteht, liegt indes klar zutage. Das ist im Übrigen nicht bloß ein deutsches Phänomen: Überall in Europa sind erneuerungswillige Parteien seit den 80er- und 90er-Jahren bei dem Versuch in heftige Schwierigkeiten geraten, den widersprüchlichen Anforderungen von Bewegung und Beharrung gerecht zu werden.

ALLERDINGS: JE INTENSIVER DIE KONFLIKTE zwischen Bewegung und Beharrung innerhalb der noch immer großen bestehenden Parteien geführt werden, desto mehr Platz wird im Parteiengefüge frei für eine erneuerungsfreudige Partei der linken Mitte, die die Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit dynamisch und im Licht der veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu buchstabieren verstünde. Gänzlich ausgeschlossen erscheint nicht, dass die Grünen in die Rolle einer modernen Partei der progressiven linken Mitte einrücken könnten. Ob die Partei diese „Marktlücke“ erkennt und zu füllen versteht, ist eine andere Frage.

Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch mächtige Umbrüche. Auf diese Umbrüche reagieren Menschen und Parteien – so oder so. Sie setzen sich ebenfalls in Bewegung oder sie verweigern sich. Politik bedeutet die Vertretung existierender Interessen, noch viel mehr aber bedeutet Politik *getting things done*, also die Suche nach Lösungen. Diese Lösungen kann keine Partei der Beharrung anbieten. Die Zukunft gehört der Partei der Bewegung. Innerhalb der deutschen Gesellschaft gibt es sie längst, und sie ist mehrheitsfähig. Ob diese gesellschaftliche Partei der Bewegung in den kommenden Jahren zu einer handlungsmächtigen politischen Form finden wird, davon hängt der Weg Deutschlands im 21. Jahrhundert ab. ■

Die hier skizzierten Gedanken sind näher ausgeführt in dem Artikel des Autors „Weder links noch frei: Der grassierende Lafontainismus droht Deutschland weit zurückzuwerfen“. In: Perspektive 21: Brandenburger Hefte für Wissenschaft und Politik (www.perspektive21.de), H. 27 (August 2005) mit Thomas Kralinski.



Fotos: statement Werbeagentur; Anna Viebrock (2)

VITA | PUBLIKATIONEN



TOBIAS DÜRR ist Politikwissenschaftler, Publizist und Chefredakteur der Zeitschrift „Berliner Republik“. **BUCHVERÖFFENTLICHUNGEN:** „Die Heimatlosigkeit der Macht: Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor“ (zus. mit Franz Walter). Fest Verlag, Berlin 2000. „Das neue Deutschland. Die Zukunft als Chance“ (zus. mit Tanja Busse). Aufbau Verlag, Berlin 2003. duerr@b-republik.de

WAS KOMMT DA NACH?

„Jetzt beginnt ein neuer Abschnitt“, erklärte Joschka Fischer im großen TAZ-Interview nach seiner Ankündigung, sich aus allen Parteiämtern zurückzuziehen. „Das rot-grüne Kapitel, das meine Generation geschrieben hat, ist unwiderfürlich zu Ende. Das neue Kapitel müssen die Jüngeren schreiben, vor allem die unter 40-Jährigen.“ Wer sind diese Unter-Vierziger? Welche Probleme haben sie gemein? Womit schlagen sie sich rum? Eine lautere Verallgemeinerung.

VON ELISABETH KIDERLEN

Das die Straßenkämpfe in Berlin etwas mit ihrer heilen Schülerinnenwelt im Schwarzwälder Schramberg zu tun haben könnten, wollte Kerstin Andreae damals nicht einleuchten. Dass aber die Welt besser wäre, wenn alle Armeen abgeschafft und mehr für die Umwelt getan würde, diese Überzeugung hat sie gleich zu Beginn ihres Studiums in Freiburg den Weg zu den Grünen finden

lassen: Von den bestehenden Parteien war die Sonnenblumenpartei am ehesten attraktiv für junge Idealisten.

ALS 1990 DIE GRÜNE JUGEND gegründet wurde, landete Kerstin Andreae ohne Umwege im Landesvorstand. „Ich kam zu einer Zeit in die Partei, da war die Frauenquote klar, Frauen, Männer: fifty, fifty. Natürlich habe ich die Früchte geerntet, die andere vorher mühsam angebaut hatten.“ Als junge Frau wurde sie gefördert, doch dafür, dass sie schnell politische Bodenhaftung gewann, sorgte eine in der 68er-Generation erst spät erworbene Gewissheit. Die 37-jährige Bundestagsabgeordnete spricht sie mit der größten Selbstverständlichkeit aus: „Wir Jüngeren sind groß geworden mit dem Wissen: Wir brauchen eine private Altersversicherung.“ Die Prosa des Lebens. „Vermutlich sind wir eine Generation von Realisten“, sagt die grüne Politikerin, die die finanziellen Restriktionen als das alles dominierende Thema ihrer Arbeit als Bundestagsabgeordnete empfindet. „Die Integration der fünf neuen Länder, das Ende der Industriegesellschaft, die demografische Kurve..., wir haben es fast nur mit Einschränkungen zu tun. Das zwingt uns, Politik anders zu machen als die Gründergeneration, die aus dem Vollen schöpfen konnte.“ Und die Komplexität der Probleme verhindert zuweilen auch deren politische Polarisierbarkeit.

Kerstin Andreae ist Finanzpolitikerin. Bezahlbarkeit ist die beherrschende Frage, die sie mit den jungen Politikern von SPD und Union verbindet. Eine manchmal ziemlich ernüchternde Angelegenheit: „Es gibt die Gefahr, dass wir alles nur noch am Geldbeutel messen. Damit macht man sich viele Ideen kaputt. Manchmal bin ich selbst erschrocken über meinen schnellen Pragmatismus.“ Politik in der Wirklichkeitsform bedeutet Erdschwere und die permanente Suche nach Aus- und Um- und neuen Wegen. „Die besondere Kreativität, die unserer Generation abverlangt wird, heißt, aus weniger mehr zu machen.“ Und den Sachzwängen manchmal ein Schnippchen zu schlagen.

„Visionen brauchen manchmal VWL.“ Stephan Schilling, seit 2004 Vorsitzender der Grünen Jugend, studiert deshalb Volkswirtschaftslehre. Heute ist er damit kein seltenes Exemplar mehr bei den Grünen. „Eine relativ große Gruppe beschäftigt sich bei uns damit“, erklärt der Student aus der katholischen Enklave Dudenstadt bei Göttingen. Die Mitgliedschaft seines Ortsvereins bestand damals aus zwei pensionierten Lehrern und sechs grünen Vätern und Müttern von Mitschülern, da hat er den Altersdurchschnitt kräftig gesenkt. „Die 68er hatten von Wirtschafts- und Sozialpolitik wenig Ahnung“, sagt der 22-Jährige. „Aber meine Generation hat gemerkt: Das ist wichtig, da dürfen wir keine Fehler machen.“ Und dann mit einiger Emphase: „Denn da hängen die zentralen Gerechtigkeitsfragen – soziale wie ökologische – dran.“

Wie viele 68er haben VWL studiert? Nicht ohne Vergnügen gibt der angehende Volkswirt, der gerade auf einem aussichtslosen Listenplatz seinen ersten Wahlkampf südlich von Hamburg absol-

Fotos: Peter Wolf (1), privat



viert hat, zum besten, wie 1980 im ersten Grundsatzprogramm der Grünen unter der Rubrik Soziales & Wirtschaft „Wird nachgereicht“ gestanden habe. Wurde aber nie nachgereicht. „Die 68er wollten große Visionen verwirklichen und haben darüber manchmal die konkrete Detailarbeit vernachlässigt. Wir hingegen müssen heute aufpassen, dass wir uns nicht im Kleinklein verlieren.“ Stephan Schilling, der, wie er sagt, seitdem er politisch denken kann, rot-grün regiert wird, beschäftigt sich zur Zeit mit Sozialpolitik und dem Thema Krankenversicherung.

» Meine Sorge ist, dass sich auf konservativer Seite eine kulturelle Hegemonie entwickelt. « PETER SILLER

MIT DETAILWISSEN ZUM GROSSEN WURF ANSETZEN – so heißt das in Anlehnung an die „Eroberung des Tigerbergs“ heute. Stephan Schilling hält einen kleinen ad hoc-Vortrag: „Rot-Grün ist auch am Fehlen einer stringenten wirtschaftspolitischen Theorie und einer Strategie zu ihrer Durchsetzung gescheitert. In der Umweltpolitik haben wir mit guten Instrumenten gute Arbeit geleistet. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat Rot-Grün laviert und handwerkliche Fehler gemacht.“ Man hört ihm zu und weiß, dass er hier seine künftige Aufgabe sieht. „Die Neoliberalen – und des öfteren auch Schröder – behaupten immer: ‚Unsere Reformen sind alternativlos‘. Wenn dem so ist, kann man Demokratie auch abschaffen.“ Und er verweist auf die Unterschiede zwischen dem angelsächsischen und dem skandinavischen Modell. „Da steht doch was zur Wahl! Es geht um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Auch wirtschaftlich!“ Schröders Strategie, für jedes Problem eine Expertengruppe zu benennen, hält er für demokratieschädlich: „So wird die dahinter liegende Werteentscheidung verdeckt. Aber wir“, und wer dieses ‚Wir‘ ist, dockt sich irgendwie an eine nicht so ferne Zukunft an, „wir wollen in unserer Politik unabhängig von Beratern sein.“

Auch Peter Siller, Koordinator der grünen Grundsatzkommission und Vorstand der Grünen Akademie, hat ein großes Unbehagen an der wachsenden Sachzwangmentalität in der Politik. Und wie Kerstin Andreae und Stephan Schilling sucht er nach Wegen und Mitstreitern, um der immer wieder behaupteten Alternativlosigkeit zu entkommen – „dieser There-is-no-alternative-Gemütlichkeit“ in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei hofft er, dass die neue Fünf-Parteien-Konstellation im Bundestag den programmatischen Impetus der Grünen stärken wird. „Die Orientierungsschwäche der SPD einerseits und der linke Traditionalismus der Linkspartei andererseits könnten den Raum für eine erneuerte ökologische und freiheitsorientierte Linke bei den Grünen öffnen.“ Zumindest aber die Debatte darüber anstoßen. Dringend sei sie. „Meine Sorge ist,

Von links: Peter Siller, Stephan Schilling, Kerstin Andreae

„ES MUSS DOCH MÖGLICH SEIN ...“
Probleme junger Frauen heute

Böll.Thema: Judith, Du bist 27 und seit 2003 im Bundesfrauenrat der Grünen. Die CDU hat jetzt die erste Kanzlerin der Geschichte der Bundesrepublik. Ein Sieg der Frauenbewegung?

JUDITH VOGEL: Nein. Eine Frau an der Spitze einer Partei heißt nicht, dass deren Frauenpolitik gut ist. Doch Angela Merkel hat Symbolkraft und dass sie es in der CDU so weit geschafft hat, bewundere ich. Aber sie setzt sich nicht für frauenpolitische Belange ein.

In der Frauenbewegung der 70er-Jahre ging es um krasse Ungerechtigkeiten und weibliche Selbstbestimmung. Haben sich nicht viele Probleme inzwischen erledigt?

Tatsächlich glauben die jungen Frauen, sie seien gleichberechtigt. Aber wenn die Vereinbarung von Familie und Beruf ansteht, merken sie, dass es mit der Gleichberechtigung schwierig ist. Sie merken das spät – wenn sie sich bewerben und abgelehnt werden, weil sie schwanger werden könnten. Wenn sie Kinder kriegen, und es plötzlich kein Netzwerk mehr gibt und sie auf den Partner angewiesen sind. Ich seh das bei Freundinnen. Promotion und Kind zu verbinden ist nicht einfach.

Bei krasser Ungerechtigkeit lodert Empörung auf oder es entsteht eine Utopie als Gegenbild. Wo holt eine Frau heute die nötigen Emotionen für engagierte Frauenpolitik her?

Will eine Frau Karriere machen, steht sie unter Erfolgsdruck und verzichtet oft auf Kinder. Aber es muss doch möglich sein, erfolgreich zu sein und Familie zu haben! In dieser Gesellschaft wird zu wenig dafür getan.

Die Frauen stehen unter Druck.

Ja, sie müssen sich als „Systemfremde“ durchsetzen, wenn sie Führungspositionen anstreben. Sie müssen sich als „richtige“ Frauen mit Eigenschaften, die als weiblich angesehen werden, ausweisen und zugleich sogenannte männliche Eigenschaften, die als „Führungsqualitäten“ wahrgenommen werden, unter Beweis stellen. Die Forschung zeigt, dass Frauen häufig individualistischer sind als Männer, die sich leicht in Gruppen und Hierarchien einfügen. Frauen fühlen sich eher Inhalten verpflichtet als einer Gruppe, auch das ist der Karriere abträglich. Haben sie es in eine leitende Position geschafft, grenzen sie sich oft gegen Frauen ab, die es nicht geschafft haben, statt sie „mitzunehmen“. Frauen in Führungspositionen wird weniger zugetraut, also müssen sie sich ständig beweisen.

Alles Probleme der Psychologie und des menschlichen Umgangs miteinander. Wie kann man diese in Frauenpolitik gießen?

Das ist der springende Punkt. Wir versuchen es mit Netzwerkbildung und Mentorinnenprogrammen. Es ist nicht einfach. Außerdem gibt es ja auch andere Modelle für den Umgang von Eltern mit Kindern und Berufstätigkeit. Nehmen wir das Beispiel Schweden.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ELISABETH KIDERLEN

VITA | PUBLIKATIONEN



JUDITH VOGEL ist Psychologin und promoviert am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt/M. Sie ist Mitglied im Bundesvorstand der Grünen Jugend. Ihre Diplomarbeit hat sie über den Zusammenhang zwischen Geschlechterorientierung und Erfolg von parteipolitisch engagierten Frauen geschrieben.

dass sich auf der konservativen Seite allmählich eine kulturelle Hegemonie entwickelt, während das linksliberale Spektrum mangels Ideen und Mut, sich in die gesellschaftliche Auseinandersetzung zu begeben, unter die Räder kommt.“ Mit Klaus Müller, Tarek Al-Wazi und anderen hat er mit „Realismus und Substanz“ einen jungen, flügelunabhängigen Diskussionskreis ins Leben gerufen, der genau an diesem Punkt ansetzt.

Aber hat nicht gerade der Parteienforscher Joachim Raschke allen Vertrauensverlusts in die rot-grüne Politik zum Trotz eine

» Meine Generation kann mit dem emphatischen Begriff rot-grünes Projekt wenig anfangen. « Kerstin Andreae

rot-grüne Wertehegemonie in der bundesrepublikanischen Gesellschaft konstatiert? Toleranz Minderheiten gegenüber, Gleichberechtigung der Frau, ökologische Sensibilität, Eintreten für die offene Gesellschaft... Siller, der sich bei den jüngsten Wahlen im konservativ-liberal regierten Baden-Württemberg vergeblich um ein Abgeordnetenmandat beworben hat, widerspricht: „Im Moment ist es in Mode, von ‚Werteorientierung‘ zu sprechen. Um welche Werte im Rahmen des vorhandenen Spektrums es dabei gehen soll, bleibt in der Regel unklar. Natürlich betont auch ein moderner Konservatismus die Wichtigkeit weicher Werte. Und dennoch ist die Orientierung dort eine deutlich andere. Über diese Unterschiede sollten wir nicht durch allgemeine Werteprosa hinwegtäuschen.“

WELCHE UNTERSCHIEDE DAS SIND? „Der große Konflikt geht darum, ob wir die Selbstbestimmung des Individuums und damit auch die Demokratie gegen die völlige Ökonomisierung aller Lebensbereiche verteidigen können.“ Konkreter? „Dient Bildung der Autonomie der Menschen oder ist sie nur eine ökonomische Ressource? Achten wir Kinder um ihrer selbst willen oder sind sie nur ‚Zukunftsinvestition‘ vor der Folie des demografischen Wandels? Nehmen wir Kunst und Kultur als autonomen Raum ernst oder nur als Standortfaktor?“ Man könnte die Frage durch viele Bereiche durchdeklinieren.

Peter Siller, Philosoph, Jurist und 35 Jahre alt, ein Mann der Kultur, versucht, die Zeichen der Zeit zu lesen. Er nimmt wahr, wie neuerdings in bestimmten Jungmännerkreisen der „Generation Golf“ aus einer ästhetizistischen Perspektive heraus jede Form von Engagement als alter Hut lächerlich gemacht wird. Wie schnell Gedanken, die über den Status Quo hinausreichen, unter Ideologieverdacht gestellt werden. Und wie sich das Kokettieren mit Kategorien wie Tugend, Ehre, Familie in bestimmten Kreisen zu einer selbstbewussten Geste zusammensetzt, um sich von der linksliberalen Kultur zu distanzieren. Siller spricht vom Aufscheinen ei-

nes „elitären Junkertums“, sieht einen untergründigen „neokonservativen Mainstream“ am Werden. Der geistig-intellektuelle Unterbau der Republik scheint in Bewegung zu geraten. Wie weit reichen diese mentalen Veränderungen auch hinein ins links-liberale Lager, wäre da eine interessante Frage. Welche Schnittmengen ergeben sich unter den Parteien und den verschiedenen geistigen Strömungen der Republik? Nach welchem Muster entwickeln sich Identitäten?

Rot-grüne Wertehegemonie? Auch Stephan Schilling ist sich da nicht so sicher. Natürlich riskiere heute kaum jemand ein offenes Wort gegen die Gleichberechtigung der Frau, „aber in der Sicherheitspolitik, der Drogenpolitik, der Türkei- und Zuwanderungspolitik sind die Grünen nicht so eindeutig die Gewinner der gesellschaftlichen Debatte.“ Über Schilys Sicherheitspolitik habe es überhaupt keine Diskussion gegeben, und mit dem Thema Zuwanderung habe der hessische Ministerpräsident Robert Koch (CDU) 1998 die Wahl gewonnen.

„Kulturell“, sagt der Vorsitzende der Grünen Jugend, die in einem Jahr zwanzig Prozent Mitglieder dazu gewonnen hat, wie er ganz nebenbei erwähnt, „sind wir – nicht die Jusos – der Gegenpol zur Jungen Union. Die Junge Union ist deutlich konservativer als Angela Merkel oder Peter Müller. Ihr Idol ist Helmut Kohl, sie teilen das radikal-konservative Familienbild von Paul Kirchhoff. Und in ihrem Weltbild stehen Leistung und Karriere ganz oben. Es ist tatsächlich ein anderes Wertelager.“ Auf Nachfrage meint er allerdings, dass sich die Lebensentwürfe der jungen Grünen von den 68ern stark unterscheiden. „Viele ihrer Werte teilen wir. Aber auch in der alternativen Szene sind Zukunftsängste keine Seltenheit mehr – und das schlägt sich natürlich im Lebensweg nieder.“

Und „Arbeit, Arbeit, Arbeit“? Ulrich Beck mache einen Fehler, meint Schilling, wenn er Vollbeschäftigung für ein unmögliches Ziel hält. Wahrscheinlich sei Vollbeschäftigung nach wie vor möglich – aber zu welchen Bedingungen? Wollen wir die Schlechtausgebildeten wirklich zu den Working Poor treiben?“ Das ist die eine Frage. Die andere: „Wie viel Arbeit wollen wir? Es wird ja genug produziert, auch Produkte, die wir eigentlich nicht brauchen. Die Arbeit für das, was wirklich notwendig ist, ist tatsächlich begrenzt. Darüber sollten wir aus ökologischer Sicht debattieren.“

ABER NOCH EINMAL: Rot-grüne Wertehegemonie? Eine rot-grüne Wertekoalition hat in Kerstin Andreaes Wahrnehmung nie richtig existiert. „Die Werte, die der Politologe Raschke anführt, sind hauptsächlich grüne Werte oder Werte der 68er-Bewegung“, sagt sie. Bei der SPD, die Politik eher unter der soziologischen Kategorie der Interessen wahrnimmt, findet sie diese gesinnungsethische Haltung weniger. „Es heißt ja immer: das rot-grüne Projekt. Ich habe aber den Eindruck, dass meine Generation mit diesem emphatischen Begriff nichts anfangen kann. Eine Koalition geht man ein, wenn die Schnittmengen groß genug sind. So ist das und mehr nicht.“

Foto: privat

VIelfalt und Geschwindigkeit

Läuft die globale Entwicklung der nationalen Politik davon? VON GÜNTER STOCK

Das Empfinden zunehmender Geschwindigkeit ist kein Zeichen der modernen Zeit und keine unmittelbare Konsequenz der Globalisierung. Geschwindigkeit und Beschleunigung waren schon immer beklagte oder ersehnte Begleiterscheinungen des Fortschritts. Auch der Wunsch nach mehr Reflexion, nach Innehalten, ist mindestens so alt, wie es schriftliche Überlieferungen gibt. „Die Zeit ist ein ungestümer Strom, der alles fortreißt. Jegliches Ding, nachdem es kaum zum Vorschein gekommen, ist auch schon wieder fortgerissen“, sagte schon Marc Aurel. Neu ist allerdings, dass durch die neuen Medien in nie gekannter Gleichzeitigkeit eine Vielfalt von Informationen zu uns kommt, einmal aus dem erhöhten Wissen heraus, das eine Wissensgesellschaft ständig produziert, zum anderen durch die fast simultane weltweite Kenntnisnahme aller Veränderungen.

Es sind vor allem die Gleichzeitigkeit und Vielfalt, die Grundlage der Globalisierung sind. Globales Wissen ist Vorläufer des global werdenden Handelns. Hier beginnt die Schwierigkeit: Wir sind gern bereit, Wissen zu exportieren und zu importieren. Wir sind weniger bereit, ein ähnliches Gleichgewicht bei den Waren zu akzeptieren. Wir lieben mehr den Export als den Import.

Dabei beachten wir viel zu wenig, dass internationale Überzeugungen, Handlungsweisen, Handlungsoptionen schon längst unser Denken beeinflusst haben – in der Regel zum Guten. Schon Alexis de Tocqueville hat in seinem Werk über die Demokratie in Amerika geschrieben: „Wenn die Bürger fortfahren, sich immer enger in den Umkreis ihrer häuslichen Anliegen einzuschließen..., so ist zu befürchten, dass sie zuletzt unzugänglich werden für jene großen und mächtigen öffentlichen Erregungen, die die Völker verwirren, sie aber vorwärts-

Foto: privat

treiben und erneuern.“ Darum geht es. Die Vielfalt und Gleichzeitigkeit von Wissen, Erfahrungen und Lebensanschauungen, die wir heute *online* simultan auf Knopfdruck erhalten, müssen Anlass sein, uns mit Kraft um ein Verstehen zu bemühen und aktive Integration zu betreiben.

In meinem speziellen Fall der Pharmaindustrie gibt es eine Reihe von Apologeten, die gerade im Zeitalter der Genomics, Proteomics propagieren, dass durch neue Technologien und neues Wissen Arzneimittelentwicklung und -forschung nicht nur besser, sondern vor allem schneller und preiswerter werden.

DIE NEUEN TECHNOLOGIEN erlauben uns erweiterte Kenntnisse über das Genom, das Aktivwerden und Nicht-aktivsein einzelner Gene und gestatten neue Einsichten in die Regulation von Stoffwechsel und die Funktionalität von Zellen und Organen. Insbesondere führen Kenntnisse über Wechselwirkungen verschiedener Proteine innerhalb der Zelle zu einem tieferen Verständnis biologischer Vorgänge und zeigen Möglichkeiten des Eingriffs auf elementare, zugleich diskrete Weise. Wir sind nun in der Lage, auf der Ebene verschiedener Zellproteine die Gesamtentwicklung und -reaktionsweise von Zellen und Organen zu erforschen und vielleicht medikamentös zu beeinflussen. Medizinische Forschung wird damit, wie die naturwissenschaftliche Forschung, zunehmend eine von Hypothesen getriebene Forschung – wenn man will ein Paradigmenwechsel. Dass dadurch die Forschung und Entwicklung neuer Medikamente und Diagnosestoffe schneller und preiswerter werden könnten, ist aber ein Grundirrtum.

Durch die modernen Technologien ist das Wissen darüber, was wir wissen, gestiegen. Gleichzeitig hat sich unsere Ahnung

von dem, was wir noch nicht wissen, exponentiell vermehrt. D. h. die Möglichkeiten, Fortschritt zu erzielen, werden begleitet von einer immer größer werdenden Zahl von Versuchen, die wir tun müssen, deren Erfolgswahrscheinlichkeit aber z. T. geringer wird. Gleichwohl müssen wir diese Schritte tun, um jene tun zu können, die uns in der Erkenntnis voranbringen. Deshalb dauert die Arzneimittelentwicklung, die vor gut zehn Jahren rund 15 Jahre betragen hat, heute ebenso lang. Es gibt sogar Hinweise, dass sie sich tendenziell verlängert, überhaupt dann, wenn man die Erfolgsquote miteinrechnet. Also, nicht die integrierte Beschleunigung, schon gar nicht die Geschwindigkeit als solche, sondern Gleichzeitigkeit und Vielfalt sind es, die es zu bewältigen gilt.

Organisationen, die es nicht verstehen, Vielfalt zu managen, das Wichtige für sich zu ergreifen und in Handeln, im Fall des Staates in nationales Handeln, umzusetzen, laufen Gefahr zurückzufallen – im internationalen Wettlauf um die besten Köpfe, die besten kulturellen und wissenschaftlichen Plätze, vor allem im Wettlauf um Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Woran es uns vielleicht mangelt, ist nicht so sehr die Fähigkeit, mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Manchmal befällt mich der Gedanke, dass wir mental nicht recht bereit sind, die Herausforderung anzunehmen. Der von Globalisierung, von Gleichzeitigkeit und Vielfalt ausgehende Stimulus, sich selbst zu überprüfen, wird in unserem Land weniger mit Offenheit angenommen als mit dem Gefühl des Bedrohtseins. Die Freude an der kritischen Bejahung und entsprechender Veränderung ist oft weniger ausgeprägt als der Wunsch, den Status quo beizubehalten. Alle, denen dies zu sehr nach Zeitgeist „riecht“, mögen bei Shakespeare nachlesen: „Begehnen wir der Zeit, wie sie uns sucht.“

VITA | PUBLIKATIONEN



ELISABETH KIDERLEN leitet die Redaktion der Zeitschrift Böll.Thema. Sie ist Trägerin des Elisabeth-Selbert-Journalistinnenpreises. **PUBLIKATIONEN:** „Risse im Überzeugungsvorrat. Signale vom Berliner Theatertreffen und anderen Spielorten“. In: Kommune. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. 3/05. „Der Süßmuth-Effekt“. Eichborn Verlag, Frankfurt 1990.

VITA | PUBLIKATIONEN



GÜNTER STOCK studierte Medizin. 1987 Leiter des Instituts für Pharmakologie, 1989 Vorstandsmitglied der Schering-AG. 2001 Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft, 2004 Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Ab 1. Oktober 2005 ist Günter Stock Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

WECHSEL- SEITIG MISS- VERGNÜGT

16 Jahre nach dem Mauerfall, und noch immer ist kein Ende des Ost-West-Konflikts in Sicht. Die Geschichte zieht sich in die Länge. VON RITA KUCZYNSKI

Als Friedrich Nietzsche 1886 in „Jenseits von Gut und Böse“ schrieb, die Deutschen haben noch kein Heute, sie sind von vorgestern und von übermorgen, war die deutsche Welt noch halbwegs in Ordnung. Inzwischen ist bekanntlich viel geschehen. Historisch Erfreuliches gab es wenig. Zu einem der erfreulichsten Ereignisse gehört wohl der Mauerfall 1989. Seitdem, so scheint es, haben die Deutschen nur noch ein Heute und bewegen sich – wenn überhaupt – im Kreis. Von Zukunft ist in Deutschland keine Rede und wenn doch, dann nur in Festreden mit Worten fürs Irgendwo. Von Vergangenheit nur die Reden zu deutsch-deutschen Gedenktagen.

KEIN WUNDER, DASS DER STAND DES OST-WEST-KONFLIKTS in Deutschland sein Sein noch immer im Bewusstsein hat. Ist er doch auch im 16. Jahr gelebter deutscher Einheit noch immer eher eine Frage der Optik als eine Frage, gebildet an Fakten sozialwissenschaftlicher Analysen. Diesem Umstand entsprechend ruft er, je nachdem aus welchem Blickwinkel auf die Einheit gesehen wird, wechselseitiges Missvergnügen im Osten und Westen des Landes hervor. Denn die Frage nach dem Stand des Ost-West-Konflikts ist auch die Frage nach dem Stand der deutschen Einheit, also die Frage nach dem Zusammenhalt der Deutschen als Nation. Eine Nation – so hat Ernest Renan seinerzeit räsoniert – ist „eine Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus,“ und den deutlich ausgesprochenen Wunsch, „in der Gegenwart das gemeinsame Leben fortsetzen zu wollen.“

Nun stellt den Willen zu einer gemeinsamen Zukunft kaum ein Deutscher ernsthaft infrage. Ebenso wenig wie die gemeinsame Vergangenheit infrage gestellt wird. Allerdings gilt das nicht für die real-

historische Vergangenheit nach 1945 und schon gar nicht für ihre Interpretation. So herrscht zwar über die Geschichte des deutschen Nationalstaats von 1870 bis 1945 im Grundsätzlichen Einigkeit, trotz einiger Differenzen in der Interpretation dieser und jener Phase: Der Nationalstaat war von Anfang an ein etwas prekäres Gebilde, teils kleindeutsch, teils auf monströse Weise großdeutsch, wobei echt demokratisch gefärbte Impulse – Einigkeit und Recht und Freiheit – nie fehlten, nur dass sie immer um ein Haar zu kurz gekommen sind. Das änderte sich bekanntlich mit der Stunde Null.

Nach dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus wuchsen bald zwei deutsche Teilstaaten auf asymmetrische Weise auseinander und mit ihnen wuchs eine Gegenwart, die getrennte Geschichte wurde. In der Bundesrepublik ist bekanntlich unter Aufsicht der Westalliierten, aber mit durchaus eigenem deutschen Willen, das Grundgesetz geschaffen und durchgesetzt worden. Selbst wenn Europa als Ersatznation fungierte, funktionierte die alte Vor-Einigungs-BRD weitgehend wie eine Nation im renanschen Sinne, auch wenn das Nationalgefühl in Umfragen verleugnet wurde.

IN DER DDR WUCHS unter der Aufsicht der Sowjets eine sozialistische Staatsdiktatur heran, die auch um nationale Identität bemüht war, aber nur eine sozialistische Staatskirche unter Führung der Partei zustande brachte. Der internationale Horizont war der sture Blick auf die Sowjetunion, auf die alte Bundesrepublik und auf eine imaginäre internationale Solidarität.

Von den Auswirkungen dieses über mehr als vier Jahrzehnte getrennt gelebten Lebens im geteilten Deutschland auf die Gegenwart des vereinten hatte 1990 niemand eine Vorstellung. Dennoch war der sich anbahnende Konflikt noch vor der Wiedervereinigung hörbar. In dem Ruf der Ostdeutschen: „Wir sind ein Volk“ und in der Erwiderung der Westdeutschen: „Wir sind auch eins“, war der Kern der Differenz ausgesprochen. Und dieser Ruf von Volk zu Volk war nicht gerade brauchbar für einen Gründungsmythos, den jede nationale Einigung braucht. Der Ruf war eher eine Zustandsbeschreibung aus dem Jahr 1990, die allerdings noch heute anhält, trotz gelegentlichen Festreden zum x-ten Jahrestag der deutschen Einheit.

Damals hat allerdings kaum einer erwartet, dass dieser Konflikt statt sich aufzulösen sich derart verfestigen wird, wie er nun 16 Jahre danach verfestigt scheint. Aber zur nationalen Einigung gehören eben auch die Vereinigung der geteilten deutschen Geschichte und ihre Aneignung durch die bis dahin getrennt lebenden Deutschen. Doch für die Aneignung dieser gesamtdeutschen Geschichte der letzten 15 Jahre ist bis heute der einzig dauerhafte Ausgangspunkt, nämlich der Kalte Krieg in Europa, noch immer nicht wirklich gefunden. Auch hier kreisen die Deutschen vornehmlich um sich selbst. Dennoch fand die Geschichte der beiden deutschen Teilstaaten über 45 Jahre in einem weltgeschichtlichen Theater des Kalten Krieges statt, spielte auf ein und derselben Bühne, die nur durch einen immer poröser werdenden Eisernen Vorhang in zwei ungleich

Foto: Kasskara

AKTIVITÄTSINDEX OST-WEST

Der Aktivitätsindex untersucht, inwieweit ein Land durch politische Bemühungen zum eigenen Erfolg beiträgt. Relevant in diesem Kontext ist also die Veränderungsdynamik. Aus diesem Verfahren ergeben sich konkrete Handlungsempfehlungen, um Politiker zu „aktivem Lernen von den Besten“ anzuregen. Hoffnungsvoll stimmt, dass in den ostdeutschen Ländern die Entwicklung auseinander läuft. Das heißt, dass sich auch im Osten gute Politik auszahlt.

Veränderung des Ranges, aktueller Punktwert und dessen Veränderung im Beobachtungszeitraum 2001-2003

1	BADEN-WÜRTTEMBERG	+/-	7,33	0,01
2	BAYERN	+/-	6,85	-0,09
3	RHEINLAND-PFALZ	+/-	6,46	0,07
4	NIEDERSACHSEN	+/-	6,06	-0,09
5	HESSEN	+2	5,96	0,10
6	NORDRHEIN-WESTFALEN	-1	5,93	-0,01
7	SCHLESWIG-HOLSTEIN	-1	5,92	0,04
8	SAARLAND	+1	5,75	0,05
9	HAMBURG	-1	5,40	-0,37
10	SACHSEN	+/-	5,33	0,15
11	BREMEN	+/-	4,77	0,00
12	BRANDENBURG	+1	4,41	-0,08
13	THÜRINGEN	-1	4,27	-0,34
14	BERLIN	+/-	4,22	-0,23
15	SACHSEN-ANHALT	+/-	4,07	-0,22
16	MECKLENBURG-VORPOMMERN	+/-	3,82	-0,37
	DEUTSCHLAND		6,03	-0,07

Quelle: die Bundesländer im Standortwettbewerb 2005, Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung.

große Teile getrennt war. Es war eben die eine Geschichte des von den Siegermächten geteilten Deutschlands.

Die bundesdeutsche Erfolgsstory des Wirtschaftswunders an der Grenze zum Ostblock wäre ohne den Marshallplan der Amerikaner für Westeuropa und damit auch für Westdeutschland nicht zustande gekommen. Und auch die DDR wäre nicht geworden, was sie war. Denn trotz ihrer Fixiertheit auf die Bundesrepublik war sie ein Satellitenstaat der Sowjetunion an der Grenze des Eisernen Vorhangs. Erst mit der Einheit gaben die vier Siegermächte beiden deutschen Teilstaaten und damit Deutschland die volle Souveränität zurück.

Aber die erlangte Souveränität macht noch nicht wieder eine Nation aus Deutschland-Ost und Deutschland-West. Um wieder eine deutsche Nation zu werden, bleibt nicht aus, auch die Erinnerungen dieser getrennt gelebten Geschichte zu vereinen. Und dazu gehören die Geschichtsbilder über die Zeit davor: also die Mühen einer gesamtdeutschen Aufarbeitung der Interpretationen deut-

scher Geschichte des 20. Jahrhunderts. Denn was beispielsweise über die Zeit des Nationalsozialismus diesseits und jenseits der Elbe erzählt und vermittelt wurde, war ebenso asymmetrisch, wie es die Entwicklung der beiden Staaten in den Jahren des Kalten Kriegs war. Man denke nur an den antifaschistischen Gründungsmythos der DDR, dem zufolge die Nazis vornehmlich die Kommunisten verfolgten, die Sowjetunion den Hitlerfaschismus besiegte und danach der „Faschismus“ in der DDR für immer und ewig ausgerottet wurde. Vom Völkermord an den Juden Europas wurde kaum gesprochen. Eine Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, entsteht so in der Gegenwart eher nicht. Solange daher die getrennte Geschichte nicht als gesamtdeutsche Geschichte im Kalten Krieg aufgearbeitet wird, kann sie für die Gegenwart der deutschen Nation wenig einheitsstiftend wirken und schon gar nicht in der Zukunft werden.

SOLANGE DER OST-WEST-KONFLIKT herausgelöst bleibt aus dem Kontext des Kalten Krieges, solange die Fixiertheit auf den deutsch-deutschen Suppenteller nicht aufgegeben wird, bleibt der Blick auf die wirklichen Probleme Deutschlands in Europa zumindest den Deutschen versperrt. Denn der wirkliche Dauerkonflikt liegt seit mindestens 15 Jahren in der Unfähigkeit Gesamtdeutschlands, sich auf eine globalisierte Wirtschaft einzustellen. Er liegt in dem so schwerfälligen Lernprozess aller Deutschen, dass neue Mauern, Grenzen und Verordnungen nicht wirklich vor Arbeitskräften aus Osteuropa und der Türkei oder vor Billigimporten aus China schützen.

Der Ost-West-Konflikt ist also nur ein Teil des zu lösenden Konflikts in ganz Deutschland. Er verschwindet nicht, indem der deutsche Vereinigungsprozess wie ein moderner Ablasshandel gehandhabt wird. Das heißt, der Westen stellt dem Osten Geld und nochmals Geld zur Verfügung und kauft sich damit jährlich aufs Neue von seiner Verantwortung für die Gestaltung des Aufbaus in Ostdeutschland frei. Und der Osten empfängt dies Geld mit Murren, denn er weiß, dass es nicht reicht. Inzwischen aber reicht das Geld auch in Westdeutschland nicht, und Städte wie Völklingen, Gelsenkirchen oder Bremen stehen ostdeutschen Städten in ihrer Finanznot kaum nach.

Die 1989 versprochenen Landschaften, die blühen sollten in Ostdeutschland und schon deshalb als Gründungsmythos der wiedervereinten Nation nicht taugten, könnten 16 Jahre danach nun endlich als gesamtdeutsches Ziel angegangen werden. Diesmal nicht als Mythos, sondern als gesamtdeutscher Wille zu einer gemeinsamen Zukunft, die die Deutschen ja noch immer anstreben. Sozusagen als Neuanfang zum Ende des Ost-Westkonflikts. ■

Hinweis: Die Heinrich-Böll-Stiftung beginnt 2006 mit einer neuen Reihe: Potenziale Ost – Sozioökonomische Entwicklungsperspektiven für die ostdeutschen Länder. Info: Michael Stognienko, stognienko@boell.de

VITA | PUBLIKATIONEN



RITA KUCZYNSKI ist aufgewachsen in Berlin Ost und West. Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der DDR. 1981 Ausstieg aus der DDR-Wissenschaft, als freie Schriftstellerin tätig. Gastprofessuren u.a. an der Columbia University New York 1987, als Visiting Fellow-Writer 2001 an der John Hopkins University. Literaturpreis der „China-Times“, Taiwan 2002. **JÜNGSTE PUBLIKATION:** „Ostdeutschland war nie etwas Natürliches – Deutschlandkenner aus Mittel- und Osteuropa über das vereinte Deutschland“. Parthas Verlag, Berlin 2005.

VOLLBESCHÄFTIGUNG

Soziologen und Ökonomen – wenn die beiden Disziplinen über Arbeit, Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit zu hören: Vollbeschäftigung ist möglich und Erwerbsarbeit die Voraussetzung für ein sinnvolles Leben – das ist die Position der meisten Ökonomen. Vollbeschäftigung ist zumindest auf absehbare Zeit passé, das sagen die meisten Soziologen. Deshalb müsse ein erfülltes Leben auf ein anderes Fundament als das der Lohnarbeit gestellt werden. Und sie versuchen, der nicht sinken wollenden Arbeitslosigkeit mit neuen gesellschaftlichen Konzepten des „guten Lebens“ zu begegnen. Aber es gibt auch Ausreißer. Das Wirtschaftsmagazin „brand eins“ etwa titelte in seiner September-Ausgabe „Nie wieder Vollbeschäftigung! Wir haben Besseres zu tun.“

Realisten zu sein beanspruchen beide Parteien. Die Soziologen, weil sie nicht an dem „unerfüllbaren Traum“ von Vollbeschäftigung festhalten wollen, die Ökonomen, weil sie auf die Erfahrungen vergleichbarer Länder (allerdings ohne „Vereinigungskrise“) und auf die künftigen Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft verweisen. Seit langem stehen beide Positionen in Deutschland unverzahnt nebeneinander, so dass die Zustimmung zu dem einen oder anderen Lager fast einem Bekenntnis gleicht. Das aber würde die Frage des „richtigen“ Wirtschaftens zu einer Frage des Glaubens machen. Und so sieht es heute tatsächlich aus. Ist Vollbeschäftigung also möglich? Wir stellen die Antworten renommierter Ökonomen und Soziologen vor, in der Hoffnung, doch endlich einmal einen Dialog zu initiieren. Der springende Punkt dabei wäre wohl die Ausgestaltung der Sozialordnung.

igkeit reden, meint die Zuhörerschaft manchmal, Nachrichten aus zwei verschiedenen Welten – das ist die Position der meisten Ökonomen. Vollbeschäftigung ist zumindest auf absehbare Fundament als das der Lohnarbeit gestellt werden. Und sie versuchen, der nicht sinken wollenden Arbeitslosigkeit mit neuen gesellschaftlichen Konzepten des „guten Lebens“ zu begegnen. Aber es gibt auch Ausreißer. Das Wirtschaftsmagazin „brand eins“ etwa titelte in seiner September-Ausgabe „Nie wieder Vollbeschäftigung! Wir haben Besseres zu tun.“

ULRICH BECK:

BEFREIUNG VON DER VOLLBESCHÄFTIGUNGSSORTHODOXIE

1. Je offensichtlicher die Norm und Normalität der Vollbeschäftigung in Scherben liegen, desto verbissener wird sie als politisches Ziel verteidigt und verkündet. Doch wer heute noch den Menschen die Rückkehr zur Vollbeschäftigung verspricht, täuscht sie – wissentlich oder unwissentlich. „Revolutionär ist“, hat Ferdinand Lassalle gesagt, „zu erkennen und auszusprechen, was ist.“ Die Wirklichkeit zeigt heute eine zunehmende „Brasilianisierung“ des deutschen Arbeitsmarkts: eine Ausbreitung prekärer, unkontinuierlicher, unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, wie sie für den südlichen Teil des Globus charakteristisch sind. Wenn dieser Trend zu befristeten Jobs, zu Billiglöhnen anhält, wird in absehbarer Zeit nur noch jeder zweite Beschäftigte in Deutschland einen Vollzeit Arbeitsplatz haben, während die andere Hälfte „brasilianisch“ arbeitet.

In der politischen Ökonomie der Unsicherheit, die nun auch die Weltwohlfahrtsnische Deutschland durchdringt, spiegelt sich das neue Machtgefälle zwischen territorial fixierten politischen Akteuren (Regierungen, Parlamente, Gewerkschaften...) und nicht territorial gebundenen globalen Akteuren (Kapital- und Finanzmächte). Eindeutig sind die Nationalstaaten in ihrer jetzigen Verfasstheit und ihrem derzeitigen Agieren und Reagieren dabei die Schwächeren.

Denn die transnationalen Konzerne spielen Nationalstaaten oder einzelne Produktionsstandorte gegeneinander aus und treiben einen „globalen Kuhhandel“ um die niedrigsten Steuern und die günstigsten Infrastrukturleistungen. Die Konzerne haben die Möglichkeit, überall und jederzeit nein zu sagen, nicht zu investieren, ohne öffentlich begründungspflichtig zu sein – das ist der zentrale Machthebel weltwirtschaftlicher Akteure. Und die Regierungen schauen macht- und ratlos zu, während diejenigen, die wir nicht gewählt haben, Entscheidungen treffen, die unser Leben und Überleben bestimmen.

Die Nachfrage nach Arbeit sinkt (durch den Einsatz intelligenter Technologien), das Angebot an Arbeit steigt (auch durch Globalisierung). Alle Erwerbsarbeit gerät unter den Vorbehalt drohender Ersetzbarkeit. Wird die Erwerbsarbeit prekär, zerfallen die Grundlagen des Sozialstaats; wird die Normalbiografie brüchig, ist Altersarmut programmiert; nimmt die soziale Ungleichheit zu, werden die Grundlagen alltäglicher Demokratie dünn. Die steigende Arbeitslosigkeit lässt sich nicht länger auf zyklische Wirtschaftskrisen zurückführen, sie beruht vielmehr auf den Erfolgen eines technologisch avancierten Kapitalismus. Das alte wirtschaftspolitische Instrumentarium versagt, und die Fragen nach dem guten Leben müssen neu gestellt werden: Wie können Menschen sinnvoll leben, auch wenn sie keine Arbeitsplätze finden?

2. In dieser Situation wäre es eine Befreiung, wenn sich Gesellschaft und Politik endlich vom Ziel der Vollbeschäftigung

Fotos: Isolde Ohlbaum; Anna Viebrock



verabschieden und die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse anerkennen würden. Und wenn sie all ihre Energie und Kreativität auf die Ausgestaltung dieser neuen Realität nach dem Ende der „Arbeitsbürger-Gesellschaft“ richteten. Das sind die Themen, mit denen wir uns beschäftigen müssen und zwar nicht, indem wir dem Phantom Vollbeschäftigung nachjagen:

> Wegen der Überalterung der Bevölkerung, des schrumpfenden Erwerbserwerbsaufkommens und der wachsenden Nachfrage nach Erwerbsarbeit von beiden Geschlechtern können Ausmaß und Niveau der Sozialleistungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Um die Anerkennung dieser Realität kommen wir nicht herum. Warum aber nicht gleichzeitig eine Politik auf europäischer Ebene entfalten, um die Voraussetzungen für die Gestaltung globaler Märkte zu schaffen?

> Das Legitimationsvakuum transnationaler Konzerne ist groß, sie fürchten die Abwendung der Konsumenten. Keine Steuern zu zahlen und Arbeitsplätze abzubauen dürfte auf Dauer kaum hinreichen, um neues Vertrauen zu schaffen und Märkte zu stabilisieren. Warum also nicht die Arbeitskosten senken und gleichzeitig öffentlich die Frage stellen, worin der Beitrag der mit immer weniger Arbeit immer mehr Gewinne erzielenden Unternehmen für die Demokratie in Europa liegt?

> Die prekären Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Warum nicht diese Wirklichkeit zum Ausgangspunkt für eine Sozialpolitik der Grundsicherung (erwerbsunabhängige Gesundheits- und Rentenvorsorge, die alle finanzieren) nehmen, sie somit für die einzelnen

VITA | PUBLIKATIONEN



ULRICH BECK lehrt Soziologie an der Universität München und der London School of Economics and Political Science. Ausgezeichnet mit dem Schader Preis für Gesellschaftswissenschaftler in Deutschland 2005. **VERÖFFENTLICHUNGEN:** „Was zur Wahl steht“, 2005. „Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter: neue weltpolitische Ökonomie“, 2002. Beide im Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.

kalkulierbar machen, die Rahmenbedingungen für Selbstständigkeit verbessern und damit soziale Gerechtigkeit neu begründen?

Es ist das Wunder geglückt, im kriegerischen Europa ein zwischenstaatliches Gewalttabu zu errichten. Jetzt gilt es, ein ähnlich utopisches Ziel zu verwirklichen: eine Gesellschaft, in der Vollbeschäftigung nicht mehr das zentrale Ziel ist, eine Gesellschaft, in der Demokratie nicht mehr nur national definiert wird, eine Gesellschaft, in der Grundsicherung etabliert wird, damit neue Aktivitäts- und Identitätsformen jenseits der Erwerbsarbeit entstehen können.

Aus dem Ende des Nachkriegsmodells Deutschland den Schwung zu etwas Neuem entwickeln – das ist die Wahl, vor der wir stehen. ■

HORST SIEBERT:

VOLLBESCHÄFTIGUNG NICHT AN DEN NAGEL HÄNGEN

Von dem Soziologen Ulrich Beck wird die These in die Welt gesetzt, die Gesellschaft solle sich vom Ziel der Vollbeschäftigung verabschieden und ihre Energie auf die Ausgestaltung einer Situation mit Arbeitslosigkeit ausrichten. Ich halte dies für einen Irrweg.

Anhand der Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre in den drei großen kontinentaleuropäischen Ländern zu argumentieren, Vollbeschäftigung sei nicht möglich, und wir sollten folglich erst gar nicht versuchen, sie zu erreichen, ist abwegig. Zwar ist richtig, dass die Industrie mit derzeit nur noch etwa zwanzig Prozent der Beschäftigten in der Zukunft eine immer geringere Rolle für die Arbeitsplätze spielen wird. Das ist ähnlich wie vor drei Jahrhunderten mit der Landwirtschaft, die damals vielleicht siebzig oder achtzig Prozent der Arbeitsplätze stellte, heute aber nur noch ein Prozent der Beschäftigten bindet. Aber: Im Rahmen des sektoralen Strukturwandels hin zur Dienstleistungs- und zur Wissensgesellschaft kommen neue Güter auf, die vor einigen Jahrzehnten noch nicht existierten, es entsteht Nachfrage nach diesen bisher unbekanntem Produkten, und damit gibt es auch neue Wertschöpfung und Jobs.

DASS DIE NACHFRAGE NACH ARBEIT in den Industrieländern zurückgeht, ist eine populäre These. Aber das Wachstum in den Schwellenländern bedeutet neue Märkte für die Güter der alten Industrieländer, ebenso aber für neue Güter, die mit Wissenskapital erzeugt werden. Es ist also nicht richtig, dass die Produktion bei uns schrumpfen muss. Zudem ist Außenhandel heute zunehmend Handel mit ähnlichen Produkten, wie deutsche gegen koreanische Autos. Zwischen Ländern mit hohem Einkommen dominiert die

ser intrasektorale Handel, und dies heißt: Expansion ist sowohl in den Schwellenländern als auch in den Industrieländern möglich.

EINE GESELLSCHAFT OHNE „VITA ACTIVA“, also ohne „die Arbeit“, „das Herstellen“ und „das Handeln“ im Sinn Hannah Arendts, entspricht nicht der menschlichen Bedingtheit. Beschäftigung stiftet Sinn, wir leiten als Menschen unsere individuelle Legitimation aus unserer Tätigkeit ab. Nicht-Beschäftigte verlieren diese Sinnstiftung. Eine Gesellschaft ohne Arbeit, und zwar ohne Erwerbsarbeit, und ohne Willen zu gestalten, nur mit Vergnügen, Zerstreung und Spiel, ist allein aus diesem Grund langfristig nicht vorstellbar. Darüber hinaus gilt: Arbeit war und ist das Mittel zur Überwindung der Armut. Denn für den Ökonomen ist und bleibt Knappheit ein Datum menschlicher Existenz. Eine Gesellschaft, die sich darauf einrichtet, die Arbeitskraft als zentrale Ressource brach liegen zu lassen, kann nicht die Güter bereitstellen, die für die Bedienung der Ansprüche notwendig sind. Es sei denn, es sprudeln Ölquellen oder es herrschen ansonsten paradiesische Zustände.

Die schleichende Erosion Deutschlands seit Mitte der 1990er Jahre legt nahe, dass die hohe soziale Inanspruchnahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses, zum Teil schuldenfinanziert, das wirtschaftliche Fundament in Mitleidenschaft zieht. Diese Situation, ähnlich wie in Lateinamerika in den vier Jahrzehnten nach 1950, aber in einem ganz anderen Sinn als der Brasilianisierung, kann nicht fortgesetzt werden. Wir dürfen deshalb die Anreize nicht so setzen, dass immer mehr Menschen durch staatliche soziale Absicherung in die Falle der Arbeitslosigkeit hineingeraten und dann kaum einen Ansporn haben, daraus herauszufinden.

BISHER IST ES DEN MENSCHEN AUCH NICHT GELUNGEN, Arbeit vollständig durch Kapital und Technologie zu ersetzen. Auf eine Strategie, Arbeit überflüssig zu machen, können wir also nicht bauen. Überlegungen des „sustainable development“ legen nahe, stärker auf Wissenskapital anstatt auf physische Ressourcen und Materialflüsse zu setzen, aber dann sind wir wieder beim Faktor Arbeit, von Ökonomen mit dem gesellschaftlich unbeliebten Begriff des Humankapitals bezeichnet.

Schon gar nicht passt die Idee, sich in großem Stil auf brachliegende Arbeitskräfte einzustellen, in eine alternde Gesellschaft. Bei einer abnehmenden und zugleich älter werdenden Bevölkerung in den nächsten vierzig Jahren wird Arbeit zu einem knappen Faktor, denn bei gegebenen institutionellen Bedingungen wie einer Rente mit 65 und bei gegebener Erwerbsquote nimmt das Arbeitsangebot selbst bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 200 000 Menschen ab, beispielsweise mit etwa einem Prozent pro Jahr in der Zeit von 2021 bis 2030. Unter diesen Bedingungen kann es sich eine Gesellschaft schlichtweg nicht leisten, die Ressource Arbeit brach liegen zu lassen. ■

Fotos: privat; Bulj; Getty Images / VEER George Diebold

KAROLINE BECK:

KEIN ABSCHIED VON DER VOLLBESCHÄFTIGUNG

Eine demokratische Gesellschaft muss sich diejenigen Ziele setzen, die für die überwiegende Zahl der Menschen Normcharakter haben. Ein Mensch geht einer Beschäftigung nach, um sich eine Erwerbsquelle zu erschließen, die ihm einen angemessenen Lebensstandard sichert. Daneben beinhaltet eine Beschäftigung für viele Menschen ein sinnstiftendes Element. Weder der Staat noch Intellektuelle sollten darüber entscheiden, ob Menschen weiterhin in der Arbeit Erfüllung suchen.

DAS PRINZIP DER VOLLBESCHÄFTIGUNG FOLGT einer mathematischen Logik, vor der sich die Soziologie nicht verschließen darf. Wollen mehr Menschen arbeiten, als in eben diesem Moment Arbeit nachgefragt wird, so kann der Mensch entweder warten, oder er nimmt Abstriche bei seinen Gehaltswünschen in Kauf. Unser Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft soll dabei dafür Sorge tragen, dass der Preismechanismus auf dem Arbeitsmarkt nicht zu sozialen Härten führt. Abkehr von dem Ziel der Vollbeschäftigung würde letztendlich bedeuten, die Menschen einfach nach Hause zu schicken und sich selbst bzw. dem „sozialen Netz“ zu überantworten. Tatsächlich müssen wir derzeit feststellen, dass weder die Preisfunktion des Arbeitsmarktes greift, noch unser Sozialstaat tatsächlich in der Lage ist, Härtefälle auszuschließen. Zugleich lebt ein großer Teil der Bevölkerung als Transferempfänger ohne sozialversicherungspflichtige Anstellung in relativem Wohlstand, während die vorhandene Arbeit von Schwarzarbeitern, Zivildienstleistenden oder ehrenamtlich Engagierten erledigt wird.

Aber mit den wahren Ursachen der derzeitigen Unterbeschäftigung mag man sich wohl nicht mehr auseinander setzen. So müssen wir feststellen, dass z.B. in der staatlich organisierten Pflege zu Lasten der Patienten Personal eingespart wird, während die notwendige Arbeit durch zum Sozialdienst Verpflichtete weit unterhalb der Tariflöhne erledigt wird. Arbeitssuchenden Pflegekräften wird dagegen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Die Preismechanismen werden vom Staat selbst unterlaufen, die Arbeit ungleich verteilt bis hin zum finanziellen Kollaps der Sozialsysteme.

Jahrzehnte sind durch deutsche Tarifpolitik und Dirigismus des Staates, man denke an das Entsendegesetz und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung, unter völliger Verkenning der Marktmechanismen die Preisfunktionen außer Kraft gesetzt worden.

Nicht die Ziele sind also in Frage zu stellen, sondern die Wege zum Ziel. Und hier haben Generationen von Politikern und Vordenkern in der Tat versagt. Gleichzeitig haben wir Unternehmer ohne Deklarationen viele kleine und mittlere Betriebe über die Zeit ge-

MEHR ERWERBSARBEIT – ABER WIE?

DAß MODELL DEUTSCHLAND AUF DEM PRÜFSTAND

Konferenz
13. - 14. Januar 2006

Abgeordnetenhaus von Berlin



Die Arbeitslosigkeit ist seit über 30 Jahren ein Problem, das weder unter konservativer, noch unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gelöst wurde. Neben nationalen wirken in immer stärkerem Maße auch internationale Bestimmungsfaktoren auf die Beschäftigung ein, wie die zunehmende Europäisierung und die Weltmarktintegration.

Wie hat sich die Stellung der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Wirtschaftssystem verändert? Inwieweit hat die Wirtschaftspolitik falsch reagiert? Was können wir von anderen Ländern lernen, die ein Beschäftigungswachstum aufweisen?

Es diskutieren:

Jutta Allmendinger — Herbert Kitschelt — Klaus F. Zimmermann
Reinhard Bütikofer — Stephan Leibfried

Weitere Informationen:

Monika Steins, Tel. 030-285 34-244, arbeit@boell.de — www.boell.de/arbeit

VITA | PUBLIKATIONEN



HORST SIEBERT ist emeritierter Präsident des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel. 1990 – 2003 Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Weise“). Professor an der Johns-Hopkins-Universität, Bologna. **VERÖFFENTLICHUNG ZUM THEMA:** „Jenseits des sozialen Marktes. Eine notwendige Neuorientierung der deutschen Politik“. DVA, München 2005.

VITA | PUBLIKATIONEN



KAROLINE BECK ist seit 2004 Bundesvorsitzende des Bundesverbands Junger Unternehmer. Sie führt das eigene Unternehmen IWG Isolier Wendt, einer internationalen tätigen Firma für Isolierungen an Gasturbinen, Umwelttechnik, Schallschutz. 2000 bekam sie den Preis „BestPractice“ des Bundesministeriums für Frauen, Familie und Jugend. Total-E-Quality Prädikat 99. GründerPartner für Berlin 2001.



Heidrun Hamersky/Forschungsstelle Osteuropa der Uni Bremen (Hrsg.), in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung u.a.:

GEGENANSICHTEN

Fotografien zur politischen und kulturellen Opposition in Osteuropa 1956 - 1989

Ch. Links Verlag, 1. Auflage, Berlin 2005, 196 Seiten mit 300 Abbildungen, Festeinband
Preis: 29,90 Euro
ISBN 3-86153-373-1

Das Buch ist im Handel sowie bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich

rettet. Die zynische endgültige Verneinung der Funktionstüchtigkeit des Arbeitsmarkts wäre in ihrer Wirkung verheerend und verkennt die Alternativen vollkommen, nämlich die Wiederherstellung der gesetzmäßigen Funktionsmechanismen vom Markt.

Abkehr von dem Ziel der Vollbeschäftigung bedeutet, sich damit abzufinden, dass ein nicht eben kleiner Teil der Bevölkerung sich in jeder Hinsicht in Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit eines anderen Teils der Bevölkerung befindet und inthronisiert in letzter Konsequenz den Staat zum egalitaristischen Umverteilungsmonster. Zugleich entzieht die Aufgabe dieses Ziels dem Teil der Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, sich selbst zu definieren, ein Fundament der Sinnstiftung.

Ein Ziel aufzugeben, dessen Erreichen unmöglich ist, mag wahrhaftig sein. Der Umstand, dass prekäre Arbeit zunimmt, ist jedoch in keiner Weise ein Indiz dafür, dass wir uns mit Disfunktionen abzufinden haben, im Gegenteil. Tatsächlich ist die Anerkennung der Tatsache, dass Arbeit – auch prekäre – und flexible Preise immanente Bestandteile eines funktionierenden Arbeitsmarktes sind, gesellschaftlich überfällig. ■

WOLFGANG ENGLER:

VOLLBESCHÄFTIGUNG WIRD ZUM PHANTOM

Die Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September dürfte die letzte gewesen sein, die im Bann der Arbeitsreligion entschieden worden ist. Sämtliche Parteien im neuen Parlament präsentieren Arbeit als das schlechthin Gute, so, als könnte es davon nie genug geben, als bestünde der ganze Sinn des Wortes „Ökonomie“ nicht vielmehr darin, Arbeit zu ersparen.

ES WIRD, IN DER PRAXIS, WIEDER EINMAL ANDERS KOMMEN. Zwei Gründe sprechen gegen Vollbeschäftigung als realistisches Ziel von Politik: die fortlaufende technisch-technologische Umwälzung der Arbeitswelt und die globale Erweiterung des Konkurrenzkreises. Die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Artefakte des „general intellect“, Kennzeichen des neuzeitlichen Kapitalismus, hat unterdessen alle Wirtschaftssektoren und so gut wie alle Professionen erfasst. Die schönen alten Zeiten, in denen jeweils neue Beschäftigungsfelder die Menschen aufnehmen konnten, die anderswo freigesetzt wurden, sind definitiv vergangen. Die jährlichen Arbeitsvolumina gehen in allen fortgeschrittenen Industriegesellschaften seit längerem zurück, und die einzig relevante Frage lautet, welche Konsequenzen die davon betroffenen Gesellschaften aus dem tendenziell sinkenden Arbeitsaufwand ziehen.

Die Alternative lautet: gerechtere Verteilung des Arbeitsaufkommens auf möglichst viele Erwerbspersonen vs. Spaltung der Arbeitsbevölkerung in „Aktive“ und „Zwangsreservisten“. Politiker, die auf Vollbeschäftigung beharren und sich gleichzeitig weigern, Arbeitszeitmodelle zu erproben, die dieser Spaltung, so weit es geht, vorbeugen, verwirken ihr rationales Anrecht auf Wählerstimmen.

DOCH GESETZT DEN FALL, IN DEUTSCHLAND wäre eine solche Politik in Sicht, Arbeit für alle, und zwar „gute“ Arbeit, solche mit passablen Einkommen und sozialen Garantien, bliebe eine Illusion. Längst sind zu viele Konkurrenten auf dem Plan, die just dasselbe Ziel verfolgen und gerade deshalb gemeinschaftlich verfehlen. Die Ära, in der ein einziger „Werkmeister“, England, die Welt mit industriellen Gütern versorgte – abgeschlossene Vergangenheit. Pasqué auch die turbulenten Dekaden, in denen ein knappes Dutzend Länder um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten rang.

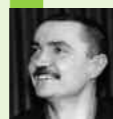
Heute streiten Dutzende Nationen um Vorherrschaft auf dem derweil globalisierten Markt. Und obgleich sich Deutschland in diesem Streit vortrefflich schlägt, rückt ein Ausgleich des wissenschaftlich-technisch bedingten Abbaus auskömmlicher Vollzeitarbeitsplätze in immer weitere Ferne. Je ausgeklügelter die Verfahren, die betriebswirtschaftlich entwickelt werden, um Marktchancen zu behaupten, desto mehr wird Vollbeschäftigung, volkswirtschaftlich gesehen, zum Phantom, und zwar für alle Konkurrenten.

Politisches Handeln, das diesen Gegebenheiten Rechnung trägt, findet daher gar keinen anderen Rat, als den Zusammenhang zwischen „Arbeit“ und „Leben“ nach und nach zu lockern – es sei denn, der unbarmherzige Wahlspruch: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, kehrt in abgemilderter Form („Wer nicht arbeitet, soll wenigstens demütig und ärmlich leben“) zurück, und damit muss man hierzulande, leider, rechnen. Zumutbar unter dem Aspekt dieser Schlüsselfrage sind nur politische Wettbewerber, die das Vorhaben eines bedingungslosen Grundeinkommens für jeden Bürger zumindest ansatzweise unterstützen und die Konsequenzen mitbedenken, die dieser Politikwechsel unvermeidlich impliziert.

Die Erweiterung der sozialen Bürgerrechte um einen Paragraphen, der das Recht auf Lebensunterhalt fixiert, bliebe bloßes Lippenbekenntnis, würde der enge volkswirtschaftliche Rahmen nicht sprengt. Der Grundsatz arbeitsfreier Subsistenz verlangt, um folgenreich zu sein, einen weiten Horizont. Nationale Alleingänge führen zum Scheitern, zur Blamage des Projekts mit folgender großkollektiver Depression. Nur der Verbund von Volkswirtschaften, von Nationen, die zu einer solchen Lösung der sozialen Frage sachlich gedrängt werden und materiell imstande sind, verspricht Erfolg. Einzig eine gesamteuropäische Kraftanstrengung kann einer Grundsicherung, einem Bürgergeld, politisch den Weg bereiten. Wer also „Recht auf Leben“ sagt und fordert, muss auch „Europa“ sagen, und wer „Europa“ sagt, muss mehr im Schilde führen, als einen monetär geeinten Kontinent. Alles andere ist Faselei. ■

Foto: privat

VITA | PUBLIKATIONEN



WOLFGANG ENGLER hat Philosophie und Wissenssoziologie studiert. Heute ist er Professor an der Ernst Busch Hochschule für Schauspielkunst. Seit 1996 Mitglied der Münchener Akademie „Zum dritten Jahrtausend“. 2000 bekam er den Preis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. **PUBLIKATION**

ZUM THEMA: „Bürger ohne Arbeit. Für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft“. Aufbau Verlag, Berlin 2005.

WORIN DER OPTIMISMUS GRÜNDET

Institutionelle Reformen dürften mittelfristig schon aus dem Interesse des Staates an sich selbst erfolgen. **VON ROLF G. HEINZE**

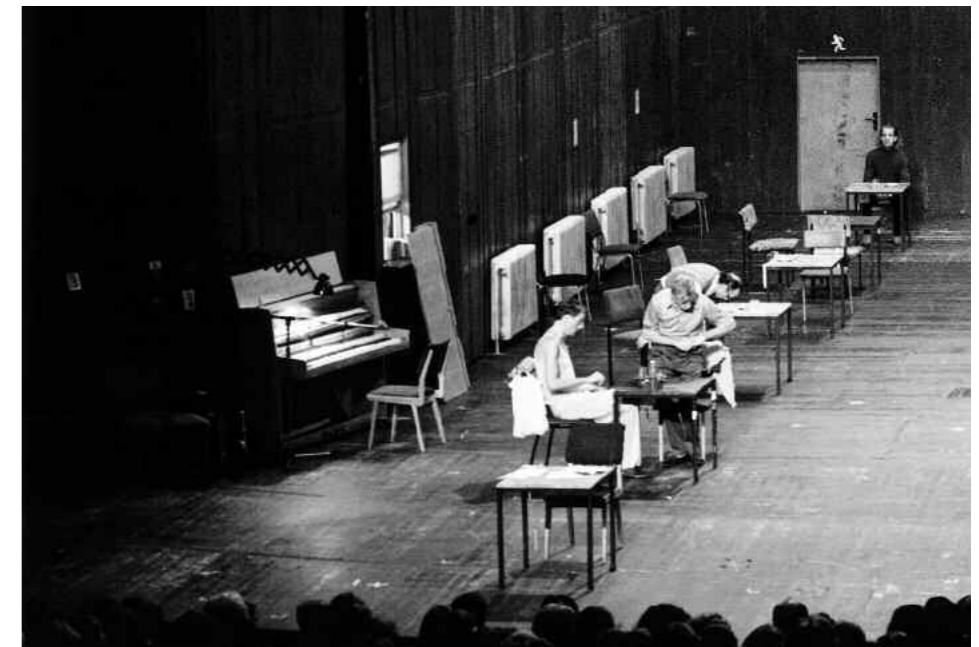
Wenngleich in der rot-grünen Regierungsära nur ein Einstieg in notwendige Strukturereformen gelungen ist, so zeigt sich doch, dass die Strukturprobleme des deutschen Sozialstaatsmodells nicht mehr verdrängt werden können und auch die alten Sicherheiten nicht mehr zurück zu gewinnen sind. Die Konsensstrategie zur Sicherung des Sozialstaats, wie sie in der Bundesrepublik unausgesprochen dominierte, ist zerbrochen. Der passive Entwicklungspfad des deutschen Modells (d.h. finanzielle Absicherung ohne Reintegration in das Beschäftigungssystem) kann, und da sind sich (fast) alle Parteien einig, so nicht fortgeführt werden. Das Status-quo-Denken und der „Wirtschaftskonservatismus“ (Wiesenthal) sind allerdings auch durch die rot-grüne Bundesregierung nicht aufgehoben worden, wenngleich der offener Politikstil und die Suche nach einem kooperativen Staat durchaus als Modernisierung des Regierungshandelns zu verstehen sind.

Auch nach Hartz IV bleibt (trotz des Bruchs mit dem althergebrachten Sicherheitsversprechen) das strukturelle Dilemma der Beschäftigungspolitik bestehen: Während die reguläre Beschäftigung, welche die soziale Sicherung finanziert, weiter schrumpft, expandieren verschiedene Zweige geringfügiger Beschäftigung, ohne jedoch die Stagnation auf dem „ersten“ Arbeitsmarkt zu überwinden.

TRADITIONELLE ENTWICKLUNGSPFADE werden gerade in einem über Jahrzehnte erfolgreichen Land wie Deutschland nur zögerlich gewechselt. An den Wahlergebnissen der SPD in den letzten Jahren zeigt sich zudem, wie schwer es ist, den klassischen deutschen Sozialstaat mit all seinen institutionellen Verschränkungen und Privilegien zu reformieren. Die bei vielen zentralen Akteuren noch immer festzustellende Konzentration auf die eigene (größtenteils selektive) Organisationslogik ist mitverantwortlich, dass auch das „soziale Kapital“ schrittweise erschöpft ist und sich Ängste bei den Bürgern ausdehnen. Auch die ständig wiederkehrenden Debatten um soziale Gerechtigkeit verweisen darauf, wie schwierig eine Umsteuerung bzw. Neujustierung des deutschen Modells ist, zumal keine Reformen mehr möglich sind, die sich als „Win-Win-Situationen“ für alle Schichten deuten lassen.

Beim Umbau der Architektur des Wohlfahrtsstaats geht es deshalb um die Grundpfeiler – und damit sind wir bei der eklatant hohen Arbeitslosigkeit, die sich zudem verfestigt und massenhafte soziale Ausgrenzungen und Prekarisierungen produziert hat. Der Sozialstaat hat sich – auch bedingt durch die Integration der ehemaligen DDR – übernommen und kann seine sozialintegrativen Funktionen nicht mehr erfüllen.

Ohne an dieser Stelle auf die Debatten zur sozialen Grundsicherung (Beck, Engler et al.) einzugehen, sollte man sich – gerade im Hinblick auf andere Länder Westeuropas – daran orientieren, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen (vor allem ist die lohnarbeitszentrierte soziale Sicherung zu nennen) der Sozialstaat nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn die Beschäftigungskrise schrittweise gemindert wird. Dies kann aber nicht allein über die bessere Vermittlung der Arbeitslosen und andere Schritte zur Effizienzsteigerung der Arbeitsmarktpolitik im Sinn der „Hartz-Konzeption“ gelingen, sondern muss zentral auf den Aufbau von Beschäftigung gerichtet sein. Ohne die Eröffnung neuer Beschäftigungsfelder ist weder der traditionelle noch ein modernisierter Sozialstaat überlebensfähig. Deshalb ist es richtig, den Zugang zum Arbeitsmarkt – und zwar zum „ersten“ – als zentralen Indikator für soziale Gerechtigkeit zu bewerten. Allerdings braucht sich der Umbau des deutschen Sozialstaats nicht an der minimalistischen Version etwa im angelsächsischen Raum zu orientieren, sondern muss vielmehr innovative Elementen



te in die neue Architektur integrieren. Dafür brauchen wir eine Politik zur „Sicherung der sozialen Sicherung“, die schrittweise vom Prinzip der Statuskonservierung umorientiert werden muss in Richtung auf einen sozial-investiven Wohlfahrtsstaat.

Deutschland gilt schon länger als Land, in dem zwar viele Durchbrüche zu neuen Produkten und Verfahren vorbereitet wer-

Promotor des Wandels hin zu mehr Selbstverantwortung und bürgerschaftlichem Engagement fungieren. Leitbild könnte eine „unternehmerische“ Bürgergesellschaft sein, die die Eigendynamik der Subsysteme (Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft) mobilisiert und dynamisiert. Der Übergang von einer reglementierten Industriegesellschaft in eine flexible Dienstleistungsgesellschaft,

Die Reformdiskurse in anderen Ländern sollten uns Mut machen: Sie zeigen, dass der Spielraum für Variationen innerhalb eines Entwicklungspfad groß ist.

den, das sich jedoch schwer tut, das vorhandene Wissen zu Standardangeboten zu verdichten. Scheinbar ist es in vergleichbaren Ländern leichter, Mittel und Ressourcen für die Weiterentwicklung innovativer Ansätze zu mobilisieren (etwa für die „Megatrends“ Energie, Wohnen, Gesundheit), die sich als Wachstumsmotoren erweisen und glänzende Zukunftsaussichten haben. Beispiele dafür, dass dadurch große Chancen für den Wirtschafts- und Sozialstandort verspielt werden, sind in der Medizintechnik wie in der Telekommunikation zu finden (etwa bei der Faxtechnik oder der Endoskopie). Die Umsetzung der Innovationen gestaltet sich in einzelnen Bereichen unterschiedlich, wobei der Unterschied zwischen dem Produktions- und Dienstleistungsbe- reich zunehmend flüssiger wird. Gerade in der Verschränkung unterschiedlicher Technologien scheinen sich jedoch interessante Wachstumfelder abzuzeichnen, die aber neue Wertschöpfungsnetzwerke erfordern.

WIR BRAUCHEN ALSO eine neue Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit, wobei vor allem Impulse für mehr Eigenverantwortung und insgesamt eine „Kultur der Selbstständigkeit“ erforderlich sind. Eine solche „Kultur der Selbstständigkeit“ sollte nicht verengt werden auf die Steigerung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, sondern zugleich als

in der Selbstständigkeit auf allen Ebenen eine Rolle spielt, muss politisch organisiert werden. Der Staat steht in der Verantwortung, ein neues Leitbild des „unternehmerischen“ Einzelnen und ein neues Verhältnis aus staatlicher Absicherung und eigenverantwortlicher Lebensgestaltung und Zukunftsvorsorge zu etablieren.

WIR WISSEN, WIE SCHWIERIG solche Gesellschaftsentwürfe zu vermitteln sind, wie sie in interessenbasierten Vetopositionen zerrieben werden oder schlichtweg keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Bei aller Präsenz der Begriffe Eigenverantwortung und Selbstständigkeit fällt auf, dass in Deutschland zumeist nur von der erwerbswirtschaftlichen Selbstständigkeit die Rede ist. Bislang ist das Paradigma der Selbstständigkeit als breite Programmatik, als Dach für einen themenfeldübergreifenden Politikentwurf nicht genutzt worden.

Bei den Debatten um die Reformfähigkeit Deutschlands sollte es primär um eine Steigerung gesellschaftlicher Wohlfahrt durch Neuaufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gehen. Wenngleich der Staat an seiner grundsätzlichen Zuständigkeit für die Regelung bestimmter gesellschaftlicher Probleme und die Gewährleistung bestimmter Sicherungsleistungen festhalten sollte, ist bei der Erstellung von Leistungen

und Angeboten verstärkt auf die Koproduktion und selbstverantwortliche Eigenleistung individueller wie kollektiver gesellschaftlicher Akteure zu setzen. Sind die Hoffnungen auf einen eher „aktivierenden“ Staat aber angesichts der Steuerungs- und Vertrauensverluste der etablierten Politikakteure realistisch? Die Handlungsfähigkeit muss ja nicht nur im Dickicht organisierter Interessen und vor dem Hintergrund einer rasant beschleunigten Kommunikation in der Mediengesellschaft realisiert werden, sondern auch vor dem Hintergrund der oft ideologisch zementierten Auseinandersetzungen in den Parteien und der Bürokratie selbst. Das alltägliche „Geschäft“ des Politik- und Kommunikationsmanagements, das schon erhebliche Koordinationsschwierigkeiten aufweist, müsste folglich ergänzt werden um strategische Debatten zur zukünftigen Ausrichtung der Politik, um strukturelle Reformen in Deutschland umzusetzen. Worin begründet sich dann ein Optimismus?

Inzwischen gibt es einen Konsens, dass der aktuelle Reformstau in der Bundesrepublik auch ein Produkt überkommener staatlicher Organisationsstrukturen ist. Ein Aufbrechen dieser strukturellen Blockaden durch institutionelle Reformen dürfte mittelfristig schon aus dem „Interesse des Staates an sich selbst“ (Offe) erfolgen. Gelingen dürfte es aber nur, wenn sich die Akteure ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewusst sind.

Allerdings sollten uns die Reformdiskurse in anderen Ländern Mut machen: Sie zeigen, dass nicht nur der Spielraum für Variationen innerhalb eines Entwicklungspfad relativ groß ist, sondern auch Pfadwechsel oder -kombinationen möglich sind. In den letzten Jahren hat die deutsche Politik zumeist auf „Schleichwege“ gesetzt, um aus der traditionellen Pfadabhängigkeit auszubrechen. Diese Option ist weitgehend „ausgereizt“ und deshalb wird nach der Bundestagswahl 2005 der Weg zu institutionellen Reformen zwar steinig bleiben, aber es gibt keine Alternative zu einer durchaus konfliktreichen Reformstrategie. |

GRÜNE AKADEMIE

„Zukunft der Arbeit“, „Europäischer Rechtsextremismus“ und „Religion und Politik“ sind einige der Themen, mit denen sich die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung befasst.

Das 1999 gegründete Forum, das derzeit aus rund 60 ehrenamtlichen Mitgliedern besteht, will politische und wissenschaftliche Diskurse miteinander verzahnen.

Zielgruppe der Akademie sind WissenschaftlerInnen, ExpertInnen aus Verbänden, NGOs und PolitikerInnen aus Bund und Ländern. Die „Werkstattgespräche“ der Akademie werden in einer Schriftenreihe veröffentlicht.

Daneben informiert die Website www.gruene-akademie.de über Aktivitäten und Publikationen. Mitglieder erhalten einen Newsletter mit aktuellen Informationen.

Kontakt: Dr. Anne Ulrich, ulrich@boell.de

GRENZGÄNGE

ZUR LAGE DES MENSCHEN: GEIST – KÖRPER – MASCHINE

11/2005 – 11/2006 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung, jeweils 19h

Das 21. Jahrhundert, so heißt es oft, wird den Life Sciences gehören: Die Naturwissenschaften kommen dem Rätsel des menschlichen Lebens auf die Spur, das entschlüsselte Genom wird perfektioniert, die Medizin träumt von einer Befreiung des Menschen von Krankheit und Leiden, die Hirnforschung lokalisiert das Hirnareal des »Bösen«, Hormonbehandlungen und plastische Chirurgie verhelfen zu ewiger Jugend und grüne Gentechnik löst die weltweiten Ernährungsprobleme. Wo verlaufen die humanmedizinischen, ethischen, verfassungsrechtlichen und politischen Grenzen zwischen Fortschrittsoptimismus und Machbarkeitswahn, zwischen der Verfügbarkeit und der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens? Die Veranstaltungsreihe »Grenzgänge« soll eben diese Demarkationslinien in Kooperation mit dem MenschenRechtsZentrum Potsdam ausloten.

16.11.2005

DAS ENDE DER ENDLICHKEIT? LEBEN UND STERBEN HEUTE

Mit: Ludger Honnefelder, Christina von Braun, Ralf Stoecker

18.01.2006

DAS ERSCHÖPFTE SELBST – SPÄTMODERNES LEBEN ZWISCHEN AUTONOMIE UND DEPRESSION

Mit: Alain Ehrenberg, Isabella Heuser, Arnd Pollmann

08.03.2006

NO BODY IS PERFECT – DER UMBAU DES MENSCHLICHEN KÖRPERS

Mit: Kurt Bayertz, Barbara Vinken (angefragt), Christoph Menke

**Info: Annette Maennel, Fon 030-285 34-201, maennel@boell.de
Peter Siller, Fon 030-446 75-983, peter.siller@gmx.de
www.gruene-akademie.de, www.uni-potsdam.de/u/mrz**

MIGRATION UND INTERKULTURELLE DEMOKRATIE



Im Zentrum des Arbeitsbereiches Migration und Interkulturelle Demokratie stehen derzeit die Projekte: „Neue Allianzen für Integration“ sowie der „Dialog mit Muslimen in Deutschland“. Transatlantische Themen sind „Citizenship – Ethnos – Multiculturalism“ und „Immigration and Security“. Darüber hinaus präsentiert die vor kurzem gestartete Website www.migration-boell.de ein vielfältiges Angebot. Sie bietet Analysen, Meinungen und Hintergrundinformationen zu den großen Themenfeldern Zuwanderung, soziale und politische Integration und zu einem produktiven Umgang mit kultureller Vielfalt in Institutionen. Die Plattform will nicht nur kritisieren, sondern auch Beispiele für gelungene Integrationspraxis vorstellen.

Kontakt: Mekonnen Mesghena, mesghena@boell.de

VITA | PUBLIKATIONEN



ROLF G. HEINZE ist Professor für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 2003 Mitglied der Sachverständigenkommission der Regierung für den 5. Altersbericht über „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“. **PUBLIKATION ZUM THEMA:** „Ausblicke auf den aktivierenden Staat“ (u.a. zusammen mit Fritz Behrens). Edition Stigma, Berlin 2005.

böll

WER KRIEGT WAS?

BISHER SIND ERSCHIENEN:

Böll.Thema 1: **WER KRIEGT WAS? Die Zukunft der Gerechtigkeit**
Böll.Thema 2: **ALLES EINS? Globale Zukunft für Kultur und Demokratie**

Weitere Infos und zu bestellen unter: www.boell.de/thema

böll

ALLES EINS?

PUBLIKATIONEN

DIE VERFASSTHEIT DER WISSENSGESELLSCHAFT
2005 - ca. 260 Seiten,
ca. 19,90 Euro
ISBN : 3-89691-619-X,
erscheint im November 2005

In diesem Band sind Beiträge aus öffentlichen Veranstaltungen und internen Diskussionen der Grünen Akademie zusammengetragen. Mit Beiträgen u.a. von Helga Nowotny, Rainer Kuhlen, Manfred Fuhrmann (gest.), Christina von Braun, Michael Daxner, Tine Stein, Wolfgang Edelstein und Gerd de Haan

Schriftenreihe der Grünen Akademie:

ARBEIT DER ZUKUNFT – WIE WEITER NACH HARTZ?
Schriften der Grünen Akademie 4
1. Auflage, Berlin 2005,
77 Seiten

DER STREIT UM DIE TOLERANZ

Deutung und Konsequenzen eines moralisch-politischen Leitbegriffs
Schriften der Grünen Akademie 3
1. Auflage, Berlin 2005,
87 Seiten

AMERIKA WOHNEN?

Die US-amerikanischen Wahlen 2004 und die Zukunft der transatlantischen Allianz
Schriften der Grünen Akademie 2
1. Auflage, Berlin 2005,
64 Seiten

LAGERTHEORIEN UND LAGERPOLITIK

Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnisgrünen
Schriften der Grünen Akademie 1
1. Auflage, Berlin 2004,
72 Seiten

» Die Wahl vom 18. September markiert nicht nur das Ende von vertrauten Stabilitätsgewohnheiten (eine große und eine kleine Partei erreichen eine parlamentarische Mehrheit und bilden eine starke Regierung). Sie markiert vor allem den Beginn einer Phase des Übergangs. Die Strömungen, Lebensstile und Erwartungen passen nicht mehr in die vertrauten Gehäuse der politischen Organisationen. « WARNFRIED DETTLING

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der „grünen“ politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesre-

publik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist sie unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 25 Auslandsbüros, seit kurzem auch in Beirut und Mexiko-Stadt, verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun. www.boell.de